

Bundesrepublik Deutschland  
Der Bundeskanzler

II/5 — 52105 — 5477/68

Bonn, den 11. Juni 1968

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Abkommen vom 11. April 1967  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und  
dem Königreich Belgien zur Vermeidung der  
Doppelbesteuerungen und zur Regelung ver-  
schiedener anderer Fragen auf dem Gebiete  
der Steuern vom Einkommen und vom Ver-  
mögen einschließlich der Gewerbesteuer und  
der Grundsteuern

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des  
Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Abdrucke des Abkommens sowie des Schlußprotokolls in deut-  
scher, französischer und niederländischer Sprache und eine  
Denkschrift zum Abkommen liegen diesem Schreiben bei.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen  
und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 31. Mai 1968 gemäß  
Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den  
Entwurf des Gesetzes keine Einwendungen zu erheben. Er ist  
der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

**Kiesinger**

**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Abkommen vom 11. April 1967  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen  
und zur Regelung verschiedener anderer Fragen  
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen  
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 11. April 1967 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie dem Schlußprotokoll zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 30 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht seiner Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 30 Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen belgischen und deutschen Besteuerung insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen und das Schlußprotokoll nach Artikel 30 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

## Begründung

### Zu Artikel 1

Das Abkommen und das Schlußprotokoll bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundestages, weil sich das Abkommen auf Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie auf die Gewerbesteuer und die Grundsteuern und damit auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus dem vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern und den Gemeinden zufließt.

### Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 30 Abs. 2 erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1966 erhoben werden. Dieser Rückwirkungszeitraum berücksichtigt, daß sich die Verhandlungen über das Abkommen vor allem als Folge der belgischen Steuerreform ungewöhnlich lange hinzogen. Um die betroffenen Steuerpflichtigen uneingeschränkt in den Genuß der rückwirkenden Abkommensanwendung zu bringen, sieht Absatz 1 des Artikels klarstellend vor, daß ihr die Unanfechtbarkeit bereits ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegensteht.

In besonders gelagerten Einzelfällen kann sich durch die im Abkommen vorgesehene Zuordnung der Besteuerungsrechte im Verhältnis zwischen den beiden Staaten eine höhere Gesamtbelastung an deutscher und belgischer Steuer ergeben, als nach den bisherigen Rechtsvorschriften (Beispiel: Die belgische Betriebsstätte eines deutschen Unternehmens hat im Rückwirkungszeitraum einen Verlust erlitten, der auf Grund des Abkommens bei der deutschen Besteuerung nicht mehr ausgeglichen und in Belgien

wegen der anschließenden Auflösung der Betriebsstätte nicht mehr vorgetragen werden kann.) Absatz 2 des Artikels schließt daher — ungeachtet bislang schon geübter Verwaltungsmaßnahmen — für die Zeit vor dem Jahr des Inkrafttretens des Abkommens eine rückwirkende Verschlechterung für die Steuerpflichtigen kraft Gesetzes aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur erhoben wird, soweit ihr eine Entlastung an belgischen Steuern gegenübersteht.

### Zu Artikel 3

Das Abkommen und das Schlußprotokoll sollen auch im Lande Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

### Zu Artikel 4

Absatz 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen und das Schlußprotokoll nach Artikel 30 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

### Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Belgiens beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

## Abkommen

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen  
und zur Regelung verschiedener anderer Fragen  
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen  
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern

## Convention

entre la République Fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique  
en vue d'éviter les doubles impositions  
et de régler certaines autres questions  
en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,  
y compris la contribution des patentes et les impôts fonciers

## Overeenkomst

tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België  
tot voorkoming van dubbele belasting  
en tot regeling van sommige andere aangelegenheden  
inzake belastingen van inkomen en van vermogen,  
met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelasting

DER PRÄSIDENT DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
und  
SEINE MAJESTÄT  
DER KONIG DER BELGIER,

VON DEM WUNSCH GELEITET,  
bei den Steuern vom Einkommen und  
vom Vermögen einschließlich der Ge-  
werbesteuer und der Grundsteuern  
Doppelbesteuerungen zu vermeiden  
und verschiedene andere Fragen zu  
regeln,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, ein  
Abkommen zu schließen, und haben  
zu diesem Zweck zu ihren Bevollmäch-  
tigten ernannt:

DER PRÄSIDENT DER BUNDES-  
REPUBLIK DEUTSCHLAND:

Seine Exzellenz Herr Georg Federer,  
Botschafter der Bundesrepublik Deutsch-  
land in Brüssel;

SEINE MAJESTÄT DER KONIG  
DER BELGIER:

Seine Exzellenz Herr Pierre Har-  
mel, Minister der Auswärtigen An-  
gelegenheiten des Königreichs Belgien,

DIESE haben nach Austausch ihrer  
in guter und gehöriger Form befunden-  
en Vollmachten folgendes vereinbart:

I. Geltungsbereich  
des Abkommens

Artikel 1

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen,  
die in einem Vertragsstaat oder in bei-  
den Vertragsstaaten ansässig sind.

LE PRESIDENT DE LA REPUBLIQUE  
FEDERALE D'ALLEMAGNE  
et  
SA MAJESTE LE ROI DES BELGES,

DESIREUX D'ÉVITER les doubles  
impositions et de régler certaines  
autres questions en matière d'impôts  
sur le revenu et sur la fortune, y com-  
pris la contribution des patentes et  
les impôts fonciers,

ONT DÉCIDÉ DE CONCLURE une  
convention et ont nommé à cet effet  
pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

LE PRESIDENT DE LA REPUBLIQUE  
FEDERALE D'ALLEMAGNE:

Son Excellence Monsieur Georg FE-  
DERER, Ambassadeur de la Républi-  
que Fédérale d'Allemagne à Bruxelles;

SA MAJESTE LE ROI DES BELGES:

Son Excellence Monsieur Pierre HAR-  
MEL, Ministre des Affaires étrangères  
du Royaume de Belgique,

LESQUELS, après avoir échangé  
leurs pleins pouvoirs, reconnus en  
bonne et due forme, sont convenus  
des dispositions suivantes:

I. Champ d'application  
de la Convention

Article 1

**Personnes visées**

La présente Convention s'applique  
aux personnes qui sont des résidents  
d'un Etat contractant ou de chacun des  
deux Etats.

DE PRESIDENT VAN DE  
BONDSREPUBLIEK DUITSLAND  
en  
ZIJNE MAJESTEIT DE KONING  
DER BELGEN,

DE WENS KOESTERENDE dubbele  
belasting te voorkomen en sommige  
andere aangelegenheden inzake be-  
lastingen van inkomen en van ver-  
mogen, met inbegrip van de onder-  
nemingsbelasting en de grondbelastingen,  
te regelen,

HEBBEN BESLOTEN een overeen-  
komst te sluiten en hebben te dien  
einde tot hun gevolmachtigden be-  
noemd, te weten:

DE PRESIDENT VAN DE BONDS-  
REPUBLIEK DUITSLAND:

Zijne Excellentie de Heer Georg  
FEDERER, Ambassadeur van de Bonds-  
republiek Duitsland te Brussel;

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING  
DER BELGEN:

Zijne Excellentie de Heer Pierre  
HARMEL, Minister van Buitenlandse  
Zaken van het Koninkrijk België,

DIE, na hun in goede en behoorlijke  
vorm bevonden volmachten te hebben  
uitgewisseld, als volgt zijn overeen-  
gekomen:

I. Toepassingsgebied  
van de overeenkomst

Artikel 1

**Bedoelde personen**

Deze Overeenkomst is van toe-  
passing op personen die verblijf-  
houder zijn van een overeenkomst-  
sluitende Staat of van beide overeen-  
komstsluitende Staten.

## Artikel 2

## Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragsstaaten, seiner Länder oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere:

## 1. in Belgien:

- a) l'impôt des personnes physiques (Einkommensteuer der natürlichen Personen),
- b) l'impôt des sociétés (Körperschaftsteuer),
- c) l'impôt des personnes morales (Einkommensteuer der — nicht gewerblich tätigen — juristischen Personen),
- d) l'impôt des non-résidents (Einkommensteuer der beschränkt Steuerpflichtigen), einschließlich der Vorsteuern (précomptes) und der Ergänzungsvorsteuern (compléments de précomptes), der Zuschläge (centimes additionnels) zu diesen Steuern und Vorsteuern sowie der Gemeindefuzusatzsteuer (taxe communale additionnelle) zur Einkommensteuer der natürlichen Personen;

## 2. in der Bundesrepublik Deutschland:

- a) die Einkommensteuer,
  - b) die Körperschaftsteuer,
  - c) die Vermögensteuer,
  - d) die Grundsteuer,
  - e) die Gewerbesteuer,
- ohne Rücksicht auf die Art ihrer Erhebung.

(4) Die Bestimmungen des Abkommens über die Besteuerung der Unternehmensgewinne gelten entsprechend

## Article 2

## Impôts visés

(1) La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de chacun des Etats contractants, de ses «Länder», de leurs subdivisions politiques et de leurs collectivités locales, quel que soit le système de perception.

(2) Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune, les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, les impôts sur le montant des salaires payés par les entreprises, ainsi que les impôts sur les plus-values.

(3) Les impôts actuels auxquels s'applique la Convention sont notamment:

1<sup>o</sup> en ce qui concerne la Belgique:

- a) l'impôt des personnes physiques,
- b) l'impôt des sociétés,
- c) l'impôt des personnes morales,
- d) l'impôt des non-résidents,

y compris les précomptes et les compléments de précomptes, les centimes additionnels auxdits impôts et précomptes ainsi que la taxe communale additionnelle à l'impôt des personnes physiques;

2<sup>o</sup> en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne:

- a) die Einkommensteuer (l'impôt sur le revenu),
  - b) die Körperschaftsteuer (l'impôt des sociétés),
  - c) die Vermögensteuer (l'impôt sur la fortune),
  - d) die Grundsteuer (l'impôt foncier),
  - e) die Gewerbesteuer (la contribution des patentes),
- quel que soit le mode de perception de ces impôts.

(4) Les dispositions de la Convention concernant l'imposition des bénéfices des entreprises s'appliquent éga-

## Artikel 2

## Bedoelde belastingen

(1) Deze Overeenkomst is van toepassing op belastingen van inkomen en van vermogen die, ongeacht de wijze van heffing, worden geheven ten behoeve van elke overeenkomstsluitende Staat of van een Land, de staatkundige onderdelen of plaatselijke gemeenschappen daarvan.

(2) Als belastingen van inkomen en van vermogen worden beschouwd belastingen die worden geheven van het gehele inkomen, van het gehele vermogen of van bestanddelen van het inkomen of van het vermogen, daaronder begrepen belastingen op voordelen verkregen uit de vereemding van roerende of onroerende goederen, belastingen op het bedrag van de door ondernemingen betaalde lonen, zomede belastingen op waardevermeerdering.

(3) De bestaande belastingen, waarop de overeenkomst van toepassing is, zijn met name:

1<sup>o</sup> Met betrekking tot België:

- a) de personenbelasting,
- b) de vennootschapsbelasting,
- c) de rechtspersonenbelasting,
- d) de belasting der niet-verblijfhouders,

met inbegrip van de voorheffingen en aanvullende voorheffingen, de opcentiemen op de hierboven vermelde belastingen en voorheffingen, zomede de aanvullende gemeentebelasting op de personenbelasting.

2<sup>o</sup> Met betrekking tot de Bondsrepubliek Duitsland:

- a) die Einkommensteuer (de inkomstenbelasting),
  - b) die Körperschaftsteuer (de vennootschapsbelasting),
  - c) die Vermögensteuer (de vermogensbelasting),
  - d) die Grundsteuer (de grondbelasting),
  - e) die Gewerbesteuer (de ondernemingsbelasting),
- ongeacht de wijze waarop die belastingen worden geheven.

(4) De bepalingen van de overeenkomst betreffende de belastingheffing van winsten van ondernemingen zijn

für die nicht nach dem Gewinn oder dem Vermögen erhobene Gewerbesteuer.

(5) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

## II. Definitionen

### Artikel 3

#### Allgemeine Definitionen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

1. bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland; der Ausdruck „Belgien“, im gleichen Sinne verwendet, das Gebiet des Königreichs Belgien;
2. bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder Belgien;
3. umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
4. bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ jede juristische Person oder jeden anderen Rechtsträger, der als solcher mit seinen Einkünften oder seinem Vermögen in dem Staat, in dem er ansässig ist, besteuert wird, sowie die offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Partenreedereien des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts;
5. bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
6. bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörden“
  - a) auf seiten Belgiens die nach seinem innerstaatlichen Recht zuständige Behörde und

lement par analogie à la contribution des patentes perçue sur d'autres bases que le bénéfice ou la fortune.

(5) La Convention s'appliquera aussi aux impôts futurs de nature identique ou analogue qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiqueront à la fin de chaque année, les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.

## II. Définitions

### Article 3

#### Définitions générales

(1) Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente:

- 1<sup>o</sup> le terme « Belgique », employé dans un sens géographique, désigne le territoire du Royaume de Belgique; le terme « République Fédérale d'Allemagne », employé dans le même sens, désigne le territoire d'application de la Loi Fondamentale pour la République Fédérale d'Allemagne;
- 2<sup>o</sup> les expressions « un Etat contractant » et « l'autre Etat contractant » désignent, suivant le contexte, la Belgique ou la République Fédérale d'Allemagne;
- 3<sup>o</sup> le terme « personne » comprend les personnes physiques et les sociétés;
- 4<sup>o</sup> le terme « société » désigne toute personne morale ou toute autre entité qui est imposable comme telle sur ses revenus ou sur sa fortune dans l'Etat dont elle est un résident, ainsi que les sociétés en nom collectif, les sociétés en commandite simple et les sociétés d'armement collectif de navires, de droit de la République Fédérale d'Allemagne;
- 5<sup>o</sup> les expressions « entreprise d'un Etat contractant » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;
- 6<sup>o</sup> l'expression « autorités compétentes » désigne:
  - a) en ce qui concerne la Belgique, l'autorité compétente suivant sa législation nationale et

op analoge wijze van toepassing op de ondernemingsbelasting die naar een andere grondslag dan de winst of het vermogen wordt geheven.

(5) De overeenkomst zal ook van toepassing zijn op de andere gelijke of in wezen gelijksoortige belastingen, die naderhand naast of in de plaats van de bestaande belastingen worden geheven. Aan het einde van ieder jaar zullen de bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten elkaar de wijzigingen die in hun onderscheidene belastingwetten zijn aangebracht, mededelen.

## II. Begripsbepalingen

### Artikel 3

#### Algemene bepalingen

(1) Voor de toepassing van deze Overeenkomst, tenzij het zinsverband anders vereist:

- 1<sup>o</sup> betekent het woord « België », in aardrijkskundig verband gebruikt, het grondgebied van het Koninkrijk België; betekent de uitdrukking « Bondsrepubliek Duitsland » in hetzelfde verband gebruikt, het grondgebied waarop de Grondwet voor de Bondsrepubliek Duitsland van toepassing is;
- 2<sup>o</sup> betekenen de uitdrukkingen « een overeenkomstsluitende Staat » en « de andere overeenkomstsluitende Staat », België of de Bondsrepubliek Duitsland, al naar het zinsverband vereist;
- 3<sup>o</sup> betekent het woord « persoon » een natuurlijke persoon en een vennootschap;
- 4<sup>o</sup> betekent het woord « vennootschap » elke rechtspersoon of elk ander lichaam dat als zodanig in de Staat waarvan het een verblijfhouder is, belastbaar is ter zake van zijn inkomen of vermogen, zomede de vennootschappen onder gemeenschappelijke naam, de vennootschappen bij wijze van eenvoudige geldschieting en de rederijen, naar het recht van de Bondsrepubliek Duitsland;
- 5<sup>o</sup> betekenen de uitdrukkingen « onderneming van een overeenkomstsluitende Staat » en « onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat », onderscheidenlijk een onderneming gedreven door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat en een onderneming gedreven door een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat;
- 6<sup>o</sup> betekent de uitdrukking « bevoegde autoriteit »:
  - a) in België de autoriteit die volgens de nationale wetgeving bevoegd is en

b) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

#### Artikel 4

##### Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Orts ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist; er bedeutet ferner die offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Parteneedereien des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts, deren tatsächliche Geschäftsleitung sich in diesem Staat befindet, sowie Gesellschaften des belgischen Rechts — ausgenommen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien —, die sich dafür entschieden haben, daß ihre Gewinne der Einkommensteuer der natürlichen Personen unterworfen werden.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

1. Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
2. Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
3. Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten,

b) en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne, le Ministre Fédéral des Finances.

(2) Pour l'application de la Convention par un Etat contractant, toute expression qui n'est pas autrement définie a le sens qui lui est attribué par la législation dudit Etat régissant les impôts que font l'objet de la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

#### Article 4

##### Domicile fiscal

(1) Au sens de la présente Convention, l'expression « résident d'un Etat contractant » désigne toute personne qui, en vertu de la législation dudit Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue; elle désigne également les sociétés en nom collectif, les sociétés en commandite simple et les sociétés d'armement collectif de navires, de droit de la République Fédérale d'Allemagne, qui ont leur siège de direction effective dans cet Etat, ainsi que les sociétés de droit belge — autres que les sociétés par actions — qui ont opté pour l'assujettissement de leurs bénéficiaires à l'impôt des personnes physiques.

(2) Lorsque, selon la disposition du paragraphe 1, une personne physique est considérée comme résidente de chacun des Etats contractants, le cas est résolu d'après les règles suivantes:

- 1<sup>o</sup> cette personne est considérée comme résidente de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Lorsqu'elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans chacun des Etats contractants, elle est considérée comme résidente de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);
- 2<sup>o</sup> si l'Etat contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé ou qu'elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats contractants, elle est considérée comme résidente de l'Etat contractant où elle séjourne de façon habituelle;
- 3<sup>o</sup> si cette personne séjourne de façon habituelle dans chacun des Etats contractants ou qu'elle ne sé-

b) in de Bondsrepubliek Duitsland de Bondsminister van Financiën.

(2) Voor de toepassing van de overeenkomst door een overeenkomstsluitende Staat heeft elke niet anders omschreven uitdrukking, tenzij het zinsverband anders vereist, de betekenis welke die uitdrukking heeft volgens de wetgeving van die Staat met betrekking tot de belastingen, welke het onderwerp van de overeenkomst zijn.

#### Artikel 4

##### Fiscale woonplaats

(1) Voor de toepassing van deze Overeenkomst betekent de uitdrukking « verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat » iedere persoon die ingevolge de wetgeving van die Staat, aldaar aan belasting is onderworpen op grond van zijn woonplaats, verblijf, plaats van leiding of enige andere soortgelijke omstandigheid; zij betekent eveneens de vennootschappen onder gemeenschappelijke naam, de vennootschappen bij wijze van eenvoudige geldschieting en de rederijen, naar het recht van de Bondsrepubliek Duitsland, die hun plaats van werkelijke leiding in die Staat hebben, zomede de vennootschappen naar Belgisch recht — andere dan de vennootschappen op aandelen — die de aanslag van hun winsten in de personenbelasting hebben gekozen.

(2) Indien een natuurlijke persoon ingevolge de bepaling van paragraaf 1 verblijfhouder is van beide overeenkomstsluitende Staten, wordt het geval overeenkomstig de volgende regelen opgelost:

- 1<sup>o</sup> hij wordt geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waar bij een duurzaam tehuis tot zijn beschikking heeft. Indien hij in beide overeenkomstsluitende Staten een duurzaam tehuis tot zijn beschikking heeft, wordt hij geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat, waarmede zijn persoonlijke en economische betrekkingen het nauwste zijn (middelpunt van de levensbelangen);
- 2<sup>o</sup> indien niet kan worden bepaald in welke overeenkomstsluitende Staat hij het middelpunt van zijn levensbelangen heeft, of indien hij in geen van de overeenkomstsluitende Staten een duurzaam tehuis tot zijn beschikking heeft, wordt hij geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waar hij gewoonlijk verblijft;
- 3<sup>o</sup> indien hij in beide of in geen van de overeenkomstsluitende Staten gewoonlijk verblijft, wordt hij

so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

4. Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

5. Abweichend von den Nummern 1, 2 und 3:

a) gelten Lohn- und Gehaltsempfänger, die auf den im internationalen Verkehr betriebenen Beförderungsmitteln beschäftigt sind und deren einzige ständige Wohnstätte sich an Bord dieser Beförderungsmittel befindet, als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das diese Beförderungsmittel betreibt;

b) gelten Schiffsführer, deren einzige Wohnstätte sich an Bord eines von ihnen betriebenen Binnenschiffes befindet, als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt der Ort als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der einzige oder hauptsächliche Unternehmer ansässig ist.

journe de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résidente de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité;

4° si cette personne possède la nationalité de chacun des Etats contractants ou qu'elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question de commun accord;

5° par dérogation aux dispositions des 1°, 2° et 3°:

a) les salariés et appointés qui sont en service sur des moyens de transport exploités en trafic international et dont le seul foyer permanent d'habitation se trouve à bord de ces moyens de transport sont considérés comme des résidents de l'Etat contractant où se trouve le siège de direction effective de l'entreprise exploitant ces moyens de transport;

b) les bateliers dont le seul foyer permanent d'habitation se trouve à bord d'un bateau qu'ils exploitent sont considérés comme des résidents de l'Etat contractant dont ils possèdent la nationalité.

(3) Lorsque, selon la disposition du paragraphe 1, une société est considérée comme résidente de chacun des Etats contractants, elle est réputée résidente de l'Etat contractant où se trouve son siège de direction effective.

(4) Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime ou intérieure est à bord d'un navire ou d'un bateau, ce siège est réputé situé dans l'Etat contractant dont l'exploitant unique ou principal est le résident.

geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waarvan hij onderdaan is;

4° indien hij onderdaan is van beide of van geen van de overeenkomstsluitende Staten, zullen de bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten de gelegenheid in gemeen overleg regelen;

5° in afwijking van de bepalingen onder 1°, 2° en 3°:

a) worden de personen die een dienstbetrekking op vervoermiddelen in internationaal verkeer uitoefenen en hun enig duurzaam tehuis aan bord van die vervoermiddelen hebben, geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waar de plaats van werkelijke leiding van de onderneming die deze vervoermiddelen exploiteert, is gelegen;

b) worden de schippers die hun enig duurzaam tehuis aan boord van een door hen geëxploiteerd schip hebben, geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waarvan zij onderdaan zijn.

(3) Indien een vennootschap in gevolge de bepaling van paragraaf 1 verblijfhouder is van beide overeenkomstsluitende Staten, wordt zij geacht verblijfhouder te zijn van de overeenkomstsluitende Staat waar de plaats van haar werkelijke leiding is gelegen.

(4) Indien de plaats van de werkelijke leiding van een zeescheepvaart- of binnenvaartonderneming zich aan boord van een schip bevindt, wordt deze plaats geacht te zijn gelegen in de overeenkomstsluitende Staat waarvan de enige of de voornaamste exploitant verblijfhouder is.

#### Artikel 5

##### Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere:

1. einen Ort der Leitung,
2. eine Zweigniederlassung,
3. eine Geschäftsstelle,
4. eine Fabrikationsstätte,
5. eine Werkstätte,
6. ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

#### Article 5

##### Etablissement stable

(1) Au sens de la présente Convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires où l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.

(2) L'expression « établissement stable » comprend notamment:

- 1° un siège de direction;
- 2° une succursale;
- 3° un bureau;
- 4° une usine;
- 5° un atelier;
- 6° une mine, une carrière ou tout autre lieu d'exploitation de ressources naturelles;

#### Artikel 5

##### Vaste inrichting

(1) Voor de toepassing van deze Overeenkomst betekent de uitdrukking « vaste inrichting » een vaste bedrijfsinrichting waarin de onderneming haar werkzaamheden geheel of gedeeltelijk uitoefent.

(2) De uitdrukking « vaste inrichting » omvat met name:

- 1° een plaats waar leiding wordt gegeven;
- 2° een filiaal;
- 3° een kantoor;
- 4° een fabriek;
- 5° een werkplaats;
- 6° een mijn, een steengroeve of enige andere plaats van natuurlijke hulpbronnen in exploitatie;

7. eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer neun Monate überschreitet.
- (3) Als Betriebstätten gelten nicht:
1. Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
  2. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
  3. Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
  4. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
  5. eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.
- (4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte des Unternehmens als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.
- (5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.
- Ein Vertreter, der für ein Versicherungsunternehmen tätig ist und eine Vollmacht besitzt, im Namen dieses Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht gewöhnlich ausübt, fällt nicht unter diese Bestimmung.
- 7° un chantier de construction ou de montage dont la durée dépasse neuf mois.
- (3) On ne considère pas qu'il y a établissement stable si:
- 1° il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;
  - 2° des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;
  - 3° des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;
  - 4° une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;
  - 5° une installation fixe d'affaires est utilisée pour l'entreprise aux seules fins de publicité, de fourniture d'informations, de recherches scientifiques ou d'activités analogues qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire.
- (4) Une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant, visé au paragraphe 5 — qui agit dans un Etat contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre Etat contractant est considérée comme constituant un établissement stable de l'entreprise dans le premier Etat si elle dispose dans cet Etat de pouvoirs qu'elle y exerce habituellement, lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que l'activité de cette personne ne soit limitée à l'achat de marchandises pour l'entreprise.
- (5) On ne considère pas qu'une entreprise d'un Etat contractant a un établissement stable dans l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.
- L'intermédiaire qui agit pour le compte d'une entreprise d'assurances et qui dispose de pouvoirs qu'il exerce habituellement, lui permettant de conclure des contrats au nom de cette entreprise, n'est pas visé à cette disposition.
- 7° uitvoering van een bouwwerk of constructiewerkzaamheden, waarvan de duur negen maanden overschrijdt.
- (3) Een vaste inrichting wordt niet aanwezig geacht indien:
- 1° gebruik wordt gemaakt van inrichtingen uitsluitend voor de opslag, uitstalling of aflevering van aan de onderneming toebehorende goederen;
  - 2° een aan de onderneming toebehorende goederenvoorraad wordt aangehouden uitsluitend voor de opslag, uitstalling of aflevering;
  - 3° een aan de onderneming toebehorende goederenvoorraad wordt aangehouden uitsluitend voor de verwerking door een andere onderneming;
  - 4° een vaste bedrijfsinrichting wordt aangehouden uitsluitend voor de aankoop van goederen of voor het inwinnen van inlichtingen voor de onderneming;
  - 5° een vaste bedrijfsinrichting ten behoeve van de onderneming wordt aangehouden uitsluitend voor reclamedoelinden, voor het geven van inlichtingen, voor wetenschappelijk onderzoek of voor het verrichten van soortgelijke werkzaamheden welke van voorbereidende aard zijn of het karakter van hulpwerkzaamheden hebben.
- (4) Een persoon — niet zijnde een onafhankelijke vertegenwoordiger in de zin van paragraaf 5 — die in een overeenkomstsluitende Staat voor rekening van een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat werkzaam is, wordt als een in de eerstbedoelde Staat aanwezige vaste inrichting van de onderneming beschouwd indien hij in die Staat een machtiging bezit om namens de onderneming overeenkomsten af te sluiten en dit recht aldaar gewoonlijk uitoefent, tenzij zijn werkzaamheden zich tot de aankoop van goederen voor de onderneming beperken.
- (5) Een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat wordt niet geacht een vaste inrichting in de andere overeenkomstsluitende Staat te bezitten, enkel op grond van het feit dat zij aldaar zaken drijft door middel van een makelaar, een algemeen commissionair of enig andere onafhankelijke vertegenwoordiger, op voorwaarde dat deze personen in de normale uitoefening van hun bedrijf handelen.
- Deze bepaling is niet van toepassing op een vertegenwoordiger, die voor rekening van een verzekeringsonderneming handelt en die een machtiging bezit om namens deze onderneming overeenkomsten af te sluiten en dit recht gewoonlijk uitoefent.

(6) Allein dadurch, daß ein Unternehmen eines Vertragsstaates ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates oder ein Unternehmen, das dort seine Tätigkeit (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ausübt, beherrscht oder von einem solchen Unternehmen beherrscht wird, wird eines der beiden Unternehmen nicht zur Betriebsstätte des anderen.

(6) Le fait qu'une entreprise d'un Etat contractant contrôle — ou est contrôlée par — une entreprise de l'autre Etat contractant ou une entreprise qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces entreprises un établissement stable de l'autre.

(6) Het feit, dat een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat of een onderneming die in die andere Staat zaken drijft (hetzij door middel van een vaste inrichting hetzij op andere wijze), beheerst of door een dergelijke onderneming wordt beheerst, stempelt op zichzelf niet een van beide ondernemingen tot een vaste inrichting van de andere onderneming.

### III. Besteuerung des Einkommens

#### Artikel 6

#### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögen.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

#### Artikel 7

#### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine

### III. Imposition des revenus

#### Article 6

#### Revenus de biens immobiliers

(1) Les revenus provenant de biens immobiliers sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

(2) L'expression « biens immobiliers » est définie conformément au droit de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. L'expression englobe en tout cas les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres richesses du sol; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

(3) La disposition du paragraphe 1 s'applique aux revenus provenant de l'exploitation ou de la jouissance directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession libérale.

#### Article 7

#### Bénéfices des entreprises

(1) Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans

### III. Belastingheffing van inkomen

#### Artikel 6

#### Inkomsten uit onroerende goederen

(1) Inkomsten uit onroerende goederen zijn belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waar die goederen zijn gelegen.

(2) De uitdrukking « onroerende goederen » heeft de betekenis welke zij heeft volgens het recht van de overeenkomstsluitende Staat waar de betreffende goederen zijn gelegen. De uitdrukking « onroerende goederen » omvat in ieder geval hun toebehoren, levende en dode have van landbouw- en bosbouwbedrijven, rechten waarop de bepalingen van het privaatrecht betreffende de grondeigendom van toepassing zijn, vruchtgebruik op onroerende goederen en rechten op veranderlijke of vaste vergoedingen ter zake van de exploitatie, of het recht tot exploitatie, van minerale aardlagen, bronnen en andere bodemrijdommen; schepen en luchtvaartuigen worden niet als onroerende goederen beschouwd.

(3) De bepaling van paragraaf 1 is van toepassing op inkomsten verkregen uit de rechtstreekse exploitatie of het rechtstreeks genot, uit de verhuuring of verpachting, of uit enige andere vorm van exploitatie van onroerende goederen.

(4) De bepalingen van de paragrafen 1 en 3 zijn ook van toepassing op inkomsten uit onroerende goederen van een onderneming en op inkomsten uit onroerende goederen gebezigd voor de uitoefening van een vrij beroep.

#### Artikel 7

#### Winsten van ondernemingen

(1) Winsten van een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat zijn slechts in die Staat belastbaar, tenzij de onderneming haar bedrijf in

Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Unbeschadet des Absatzes 3 sind, wenn ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt, in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Beim Fehlen einer ordnungsmäßigen Buchführung und anderer Beweisunterlagen, die es ermöglichen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaates erzielten Gewinne zu ermitteln, welche seiner in dem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, kann die Steuer in diesem anderen Staat insbesondere dadurch festgesetzt werden, daß entsprechend dem Recht dieses anderen Staates die üblichen Gewinne zugrunde gelegt werden, die ein ähnliches Unternehmen dieses anderen Staates bei einer gleichen oder ähnlichen Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen erzielen würde.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln des Abkommens behandelt werden, so stehen die Bestimmungen dieses Artikels der Anwendung der Bestimmungen jener Artikel bei der Besteuerung dieser Einkünfte nicht entgegen.

l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

(2) Sans préjudice de l'application du paragraphe 3, lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et agissant en toute indépendance.

(3) Dans le calcul des bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

(4) A défaut de comptabilité régulière ou d'autres éléments probants permettant de déterminer le montant des bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant, qui est imputable à son établissement stable situé dans l'autre Etat, l'impôt peut notamment être établi dans cet autre Etat conformément à sa propre législation, compte tenu des bénéfices normaux d'entreprises analogues du même Etat, se livrant à la même activité ou à des activités analogues dans des conditions identiques ou analogues.

(5) Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du fait que cet établissement stable a simplement acheté des marchandises pour l'entreprise.

(6) Aux fins des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont calculés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

(7) Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la Convention, les dispositions du présent article ne font pas obstacle à l'application des dispositions de ces autres articles pour la taxation de ces éléments de revenu.

de andere overeenkomstsluitende Staat uitoefent door middel van een aldaar gevestigde vaste inrichting. Indien de onderneming aldus haar bedrijf uitoefent, zijn de winsten van de onderneming in de andere Staat belastbaar, maar slechts voor zover zij aan die vaste inrichting zijn toe te rekenen.

(2) Onverminderd de toepassing van paragraaf 3 worden, indien een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat haar bedrijf in de andere overeenkomstsluitende Staat uitoefent door middel van een aldaar gevestigde vaste inrichting, in elke overeenkomstsluitende Staat aan die vaste inrichting de winsten toegerekend welke zij had kunnen behalen indien zij een onafhankelijke en zelfstandige onderneming was, die dezelfde of soortgelijke werkzaamheden uitoefende onder dezelfde of soortgelijke omstandigheden en die geheel onafhankelijk handelde.

(3) Bij het bepalen van de winsten van een vaste inrichting worden als aftrek toegelaten kosten die zijn gemaakt ten behoeve van die vaste inrichting, daaronder begrepen kosten van leiding en algemene administratiekosten, aldus gemaakt hetzij in de Staat waar de vaste inrichting is gevestigd, hetzij elders.

(4) Bij gebreke van een regelmatige boekhouding of andere afdoende gegevens die het mogelijk maken het bedrag te bepalen van de winsten van een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat, dat aan haar vaste inrichting in de andere overeenkomstsluitende Staat is toe te rekenen, mag de belasting in die andere Staat volgens diens wetgeving worden gevestigd, onder meer met inachtneming van de normale winsten van gelijkaardige ondernemingen van die Staat, die dezelfde of gelijksoortige werkzaamheden onder dezelfde of soortgelijke omstandigheden uitoefenen.

(5) Geen winsten worden aan een vaste inrichting toegerekend enkel op grond van aankoop van goederen voor de onderneming door die vaste inrichting.

(6) Voor de toepassing van de voorgaande paragrafen worden de winsten die aan de vaste inrichting zijn toe te rekenen ieder jaar volgens dezelfde methode bepaald, tenzij er een goede en voldoende aanleiding bestaat om anders te handelen.

(7) Indien in de winsten inkomstenbestanddelen zijn begrepen, die afzonderlijk in andere artikelen van deze overeenkomst worden behandeld, beletten de bepalingen van dit artikel geenszins de toepassing van die andere artikelen voor de belastingheffing van die inkomstenbestanddelen.

## Artikel 8

**Gewinne von Unternehmen der Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt oder Luftfahrt oder der Eisenbahn**

(1) Abweichend von Artikel 7 Absätze 1 bis 6 können:

1. Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet;
2. Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt auch für einen Eisenbahnbetrieb eines Vertragsstaates, der seine Tätigkeit auf das Hoheitsgebiet des anderen Staates ausdehnt.

## Article 8

**Bénéfices des entreprises de navigation maritime, intérieure ou aérienne et d'exploitation ferroviaire**

(1) Par dérogation à l'article 7, paragraphes 1 à 6:

- 1<sup>o</sup> les bénéfices provenant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise;
- 2<sup>o</sup> les bénéfices provenant de l'exploitation de bateaux servant à la navigation intérieure ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise.

(2) Le paragraphe 1 s'applique également à une exploitation ferroviaire d'un Etat contractant qui étend son activité sur le territoire de l'autre Etat.

## Artikel 8

**Winsten van ondernemingen van zee- en luchtscheepvaart, van binnenvaart en van spoorwegexploitatie**

(1) In afwijking van artikel 7, paragrafen 1 tot 6:

- 1<sup>o</sup> zijn winsten uit de exploitatie van schepen of luchtvaartuigen in internationaal verkeer slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat, waar de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen;
- 2<sup>o</sup> zijn winsten uit de exploitatie van schepen in de binnenvaart slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat, waar de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen.

(2) Paragraaf 1 is ook van toepassing op een spoorwegexploitatie van een overeenkomstsluitende Staat, waarvan de werkzaamheden zich uitstrekken tot het grondgebied van de andere Staat.

## Artikel 9

**Verbundene Unternehmen**

Wenn ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, Kontrolle oder Finanzierung eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, Kontrolle oder Finanzierung eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind, und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

## Article 9

**Entreprises interdépendantes**

Lorsque une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au financement d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au financement d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant, et que dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions acceptées ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient conclues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été obtenus par l'une des entreprises, mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

## Artikel 9

**Onderling afhankelijke ondernemingen**

Indien een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat onmiddellijk of middellijk deelneemt aan de leiding van, aan het toezicht op, dan wel aan de financiering van een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat, of dezelfde personen onmiddellijk of middellijk deelnemen aan de leiding van, aan het toezicht op, dan wel aan de financiering van een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat en van een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat, en in elk van beide gevallen tussen de twee ondernemingen in hun handels- of financiële betrekkingen, voorwaarden zijn gemaakt of opgelegd welke afwijken van die welke zouden zijn gemaakt tussen onafhankelijke ondernemingen, mogen winsten, welke zonder deze voorwaarden door een van de ondernemingen zouden zijn behaald maar ten gevolge van die voorwaarden niet zijn behaald, worden begrepen in de winsten van die onderneming en dienovereenkomstig worden belast.

## Artikel 10

**Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer

## Article 10

**Dividendes**

(1) Les dividendes attribués par une société résidente d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Toutefois, ces dividendes peuvent être imposés dans l'Etat contractant dont la société qui attribue les dividendes est un résident et selon la législation de cet Etat, mais l'impôt

## Artikel 10

**Dividenden**

(1) Dividenden toegekend door een vennootschap die verblijfhouder is van een overeenkomstsluitende Staat, aan een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat zijn in die andere Staat belastbaar.

(2) Nochtans mogen die dividenden in de overeenkomstsluitende Staat, waarvan de vennootschap die de dividenden toekent een verblijfhouder is, worden belast volgens de wetgeving

darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetragtes dieser Dividenden nicht übersteigen.

(3) Solange in der Bundesrepublik Deutschland die Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne zu einem Vomhundertsatz erhoben wird, der mindestens 20 Punkte niedriger ist als der Vomhundertsatz, der für nicht ausgeschüttete Gewinne gilt, kann abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in diesem Staat von den Dividenden erhoben wird, 25 vom Hundert des Bruttobetragtes der Dividenden betragen, wenn

1. die Dividenden von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft stammen und von einer in Belgien ansässigen Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder Personengesellschaft mit beschränkter Haftung bezogen werden, und wenn
2. der in Belgien ansässigen Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft gehören.

(4) Die Besteuerung der Gesellschaft mit den Gewinnen, die zur Zahlung der Dividenden dienen, wird durch die Absätze 2 und 3 nicht eingeschränkt.

Die Besteuerung der in Belgien ansässigen Gesellschaften beim Erwerb ihrer eigenen Anteile oder bei der Verteilung des Gesellschaftsvermögens wird durch Absatz 2 nicht eingeschränkt.

(5) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, wie die Einkünfte aus Aktien behandelt werden.

Dieser Ausdruck umfaßt:

1. Einkünfte — auch wenn sie als Zinsen gezahlt werden —, die als Einkünfte aus Kapital, das die Gesellschafter in den in Belgien ansässigen Gesellschaften — ausgenommen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien — investiert haben, zu besteuern sind.
2. Einkünfte, die ein „stiller Gesellschafter“ aus seiner Beteiligung bezieht und die in der Bundesrepu-

ainsi établi ne peut excéder 15 p. c. du montant brut desdits dividendes.

(3) Par dérogation au paragraphe 2, aussi longtemps qu'en République Fédérale d'Allemagne le taux de l'impôt des sociétés sur les bénéfices distribués reste inférieur de 20 points au moins au taux fixé pour les bénéfices non distribués, l'impôt prélevé sur les dividendes dans cet Etat pourra s'élever à 25 p. c. du montant brut des dividendes, si

- 1<sup>o</sup> les dividendes proviennent d'une société de capitaux, résidente de la République Fédérale d'Allemagne, et sont recueillis par une société par actions ou par une société de personnes à responsabilité limitée, résidente de la Belgique, et si
- 2<sup>o</sup> la société résidente de la Belgique détient directement ou indirectement au moins 25 p. c. des actions ou parts assorties d'un droit de vote de la société de capitaux, résidente de la République Fédérale d'Allemagne.

(4) Les dispositions des paragraphes 2 et 3 ci-avant ne limitent pas l'imposition de la société sur les bénéfices qui servent au paiement des dividendes.

En ce qui concerne les sociétés résidentes de la Belgique, la disposition du paragraphe 2 ne limite pas leur taxation en cas de rachat de leurs propres actions ou parts ou à l'occasion du partage de l'avoir social.

(5) Le terme « dividendes » employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mine, parts de fondateurs ou autres parts bénéficiaires, à l'exception des créances, ainsi que les revenus d'autres parts sociales soumis au même régime que les revenus d'actions par la législation fiscale de l'Etat dont la société distributrice est un résident.

Ce terme comprend:

- 1<sup>o</sup> les revenus — même attribués sous la forme d'intérêts — imposables au titre de revenus de capitaux investis par les associés dans les sociétés — autres que les sociétés par actions — résidentes de la Belgique;
- 2<sup>o</sup> les revenus qu'un « stiller Gesellschafter » tire de sa participation et qui sont considérés en République

van die Staat, maar de aldus geheven belasting mag niet hoger zijn dan 15 t.h. van het brutobedrag van die dividenden.

(3) In afwijking van paragraaf 2 en zo lang in de Bondsrepubliek Duitsland het tarief van de vennootschapsbelasting op uitgedeelde winsten ten minste 20 punten lager blijft dan het voor de niet uitgedeelde winsten bepaalde tarief, mag de belasting welke in die Staat van dividenden wordt geheven, 25 t.h. van het brutobedrag van de dividenden bedragen, indien

- 1<sup>o</sup> de dividenden voortkomen van een kapitaalvennootschap, verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland, en worden genoten door een vennootschap op aandelen of door een personenvennootschap met beperkte aansprakelijkheid, verblijfhouder van België, en indien
- 2<sup>o</sup> de vennootschap, verblijfhouder van België, onmiddellijk of middellijk ten minste 25 t.h. van de stemgerechtigde aandelen of delen van de kapitaalvennootschap, verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland, bezit.

(4) De bepalingen van de paragrafen 2 en 3 stellen geen beperking aan de belasting van de vennootschap op de winsten die voor de betaling van de dividenden dienen

Met betrekking tot vennootschappen die verblijfhouder van België zijn, stelt de bepaling van paragraaf 2 geen beperking aan de belasting in geval van inkoop van eigen aandelen of delen of naar aanleiding van de verdeling van het maatschappelijk vermogen.

(5) Het woord « dividenden » betekent in dit artikel inkomsten uit aandelen, genotsaandelen of -rechten, mijn aandelen, oprichtersaandelen of andere winstaandelen, met uitzondering van schuldvorderingen, zomede inkomsten van andere maatschappelijke delen, die volgens de belastingwetgeving van de Staat, waarvan de uitkerende vennootschap een verblijfhouder is, op dezelfde wijze als inkomsten van aandelen worden belast.

Het woord « dividenden » omvat:

- 1<sup>o</sup> inkomsten — zelfs toegekend in de vorm van interesten — die belastbaar zijn als inkomsten van belegde kapitalen van vennoten in andere vennootschappen dan op aandelen, die verblijfhouder van België zijn;
- 2<sup>o</sup> de inkomsten die een « stiller Gesellschafter » uit zijn deelneming verkrijgt en die in de Bondsrepu-

blik Deutschland als Einkünfte aus Kapitalvermögen behandelt werden.

(6) Die in den Absätzen 2 und 3 vorgesehene Begrenzung des Steuersatzes gilt nicht, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat — ausgenommen in dem Fall des Absatzes 6 — weder die Dividenden besteuern, die diese Gesellschaft an eine in dem erstgenannten Staat ansässige Person zahlt, noch eine zusätzliche Steuer von dem nicht ausgeschütteten Gewinn der Gesellschaft erheben, selbst wenn die ausgeschütteten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

#### Artikel 11

##### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Betrages der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Abweichend von Absatz 2 dürfen Zinsen nicht in dem Vertragsstaat besteuert werden, aus dem sie stammen, wenn sie an ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates gezahlt werden.

Der vorstehende Unterabsatz ist nicht anzuwenden auf:

1. Zinsen aus Schuldverschreibungen und anderen Anleihepapieren, ausgenommen Wechsel über Handelsforderungen;
2. Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, der unmittelbar oder mittelbar mindestens

Fédérale d'Allemagne comme des revenus de capitaux mobiliers.

(6) Les limitations de taux prévues aux paragraphes 2 et 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des dividendes, résident d'un Etat contractant, a dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident un établissement stable auquel se rattache effectivement la participation génératrice des dividendes. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

(7) Lorsqu'une société résidente d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut, sauf dans le cas visé au paragraphe 6, percevoir aucun impôt sur les dividendes attribués par cette société à un résident du premier Etat, ni aucun impôt au titre d'imposition complémentaire des bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes distribués ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

#### Article 11

##### Intérêts

(1) Les intérêts provenant d'un Etat contractant et attribués à un résident de l'autre Etat contractant son imposables dans cet autre Etat.

(2) Toutefois, ces intérêts peuvent être imposés dans l'Etat contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet Etat, mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. c. du montant desdits intérêts.

(3) Par dérogation au paragraphe 2, les intérêts ne peuvent être imposés dans l'Etat contractant d'où ils proviennent lorsqu'ils sont attribués à une entreprise de l'autre Etat contractant.

L'alinéa précédent ne s'applique pas lorsqu'il s'agit:

- 1<sup>o</sup> d'intérêts d'obligations et autres titres d'emprunts, à l'exception des effets de commerce représentatifs de créances commerciales;
- 2<sup>o</sup> d'intérêts attribués par une société résidente d'un Etat contractant à une société résidente de l'autre Etat contractant qui détient directement ou indirectement au moins

blik Duitsland als inkomsten van roerende kapitalen worden beschouwd.

(6) De in de paragrafen 2 en 3 bedoelde tariefbeperkingen zijn niet van toepassing indien de genietter van de dividenden, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, in de andere overeenkomstsluitende Staat waarvan de vennootschap die de dividenden toekent een verblijfhouder is, een vaste inrichting heeft waarmee de participatie die de dividenden oplevert wezenlijk is verbonden. In een zodanig geval zijn de bepalingen van artikel 7 van toepassing.

(7) Indien een vennootschap die verblijfhouder is van een overeenkomstsluitende Staat, winsten of inkomsten verkrijgt uit de andere overeenkomstsluitende Staat, mag die andere Staat, behalve in een geval als bedoeld in paragraaf 6, geen belasting heffen van de dividenden, door die vennootschap toegekend aan een verblijfhouder van de eerstbedoelde Staat, noch de niet uitgekeerde winsten van de vennootschap onderwerpen aan een bijkomende belasting, zelfs indien de uitgekeerde dividenden of de niet uitgedeelde winst geheel of gedeeltelijk bestaan uit winst of inkomsten herkomstig uit die andere Staat.

#### Artikel 11

##### Interest

(1) Interest herkomstig uit een Overeenkomstsluitende Staat en toegekend aan een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat is in die andere Staat belastbaar.

(2) Die interest mag nochtans in de overeenkomstsluitende Staat waaruit hij herkomstig is worden belast volgens de wetgeving van die Staat, maar de aldus geheven belasting mag niet hoger zijn dan 15 t.h. van het bedrag van de interest.

(3) In afwijking van paragraaf 2 mag interest in de overeenkomstsluitende Staat, waaruit hij herkomstig is, niet worden belast indien hij aan een onderneming van de andere overeenkomstsluitende Staat wordt toegekend.

Het voorgaande lid is niet van toepassing wanneer het gaat om:

- 1<sup>o</sup> interest van obligaties en andere effecten van leningen, met uitzondering van handelspapier dat handelsschuldvorderingen vertegenwoordigt;
- 2<sup>o</sup> interest door een vennootschap, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, toegekend aan een vennootschap, verblijfhouder van de andere overeen-

25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der erstgenannten Gesellschaft gehören.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und, vorbehaltlich des folgenden Unterabsatzes, aus Forderungen oder Einlagen jeder Art sowie Loserträge aus Anleihen und alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, wie Einkünfte aus Darlehen oder Einlagen behandelt werden.

Dieser Ausdruck umfaßt nicht die Zinsen, die nach Artikel 10 Absatz 5 Nummer 1 als Dividenden gelten.

(5) Die Begrenzung des Steuersatzes und die Steuerbefreiung, die in den Absätzen 2 und 3 vorgesehen sind, gelten nicht, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und das Darlehen, die Forderung oder die Einlage, für die diese Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die eigentliche Last dieser Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung oder Einlage, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so gelten die Begrenzung des Steuersatzes und die Steuerbefreiung, die in den Absätzen 2 und 3 vorgesehen sind, nur für diesen letzten Betrag. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Zinsen

25 p. c. des actions ou parts assorties d'un droit de vote de la première société.

(4) Le terme «intérêts» employé dans le présent article désigne les revenus des fonds publics, des obligations d'emprunts, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices, et, sous réserve de l'alinéa 2 ci-après, des créances ou dépôts de toute nature, ainsi que les lots d'emprunts et tous autres produits soumis au même régime que les revenus de sommes prêtées ou déposées par la législation fiscale de l'Etat d'où proviennent les revenus.

Ce terme ne comprend pas les intérêts considérés comme des dividendes en vertu de l'article 10, paragraphe 5, alinéa 2, 1<sup>o</sup>.

(5) La limitation de taux et l'exemption prévues aux paragraphes 2 et 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des intérêts, résident d'un Etat contractant, a dans l'autre Etat contractant d'où proviennent ceux-ci un établissement stable auquel se rattache effectivement le prêt, la créance ou le dépôt générateur de ces revenus. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

(6) Les intérêts sont considérés comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, un Land, une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable pour lequel l'emprunt générateur des intérêts a été contracté et qui supporte comme telle la charge de ceux-ci, ces intérêts sont réputés provenir de l'Etat contractant où est situé l'établissement stable.

(7) Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou déposant ou que l'un et l'autre entretiennent avec des tierces personnes, le montant des intérêts attribués, compte tenu de la créance ou du dépôt pour lequel ils sont versés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier ou déposant en l'absence de pareilles relations, la limitation de taux et l'exemption prévues aux paragraphes 2 et 3 ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des

komstsluitende Staat, die onmiddellijk of middellijk ten minste 25 t.h. van de stemgerechtigde aandelen of delen van de eerste vennootschap bezit.

(4) Het woord „interest» betekent in dit artikel inkomsten van overheidsfondsen, van leningobligaties met of zonder hypothecaire waarborg of recht van deelneming in de winsten en, onder voorbehoud van het volgende lid, van schuldvorderingen of deposito's van allerlei aard, zomede loten van leningen en alle andere opbrengsten die volgens de belastingwetgeving van de Staat waaruit de inkomsten herkomstig zijn, op dezelfde wijze worden belast als inkomsten van geleende of gedeponeerde gelden.

Het omvat niet interest die als dividend wordt beschouwd op grond van artikel 10, paragraaf 5, lid 2, 1<sup>o</sup>.

(5) De in de paragrafen 2 en 3 bedoelde tariefbeperking en vrijstelling zijn niet van toepassing indien de genietter van de interest, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, in de andere overeenkomstsluitende Staat waaruit de interest herkomstig is, een vaste inrichting heeft waarmede de lening, de schuldvordering of het deposito, die de interest opleveren wezenlijk zijn verbonden. In een zodanig geval zijn de bepalingen van artikel 7 van toepassing.

(6) Interest wordt geacht uit een overeenkomstsluitende Staat herkomstig te zijn als de schuldenaar die Staat zelf is, een Land, een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan, of een verblijfhouder van die Staat. Indien nochtans de schuldenaar van de interest, ongeacht of hij verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is of niet, in een overeenkomstsluitende Staat een vaste inrichting heeft ten behoeve waarvan de lening die de interest voortbrengt werd aangegaan en die de last van die interest als zodanig draagt, wordt die interest geacht herkomstig te zijn uit de overeenkomstsluitende Staat waar de vaste inrichting is gelegen.

(7) Indien, ten gevolge van een bijzondere verhouding tussen de schuldenaar en de schuldeiser of deponent of tussen hen beiden met derden, het bedrag van de toegekende interest, gelet op de schuldvordering of het deposito waarvoor hij verschuldigd is, hoger is dan het bedrag dat door de schuldenaar en de schuldeiser of deponent zou zijn overeengekomen bij ontstentenis van zulk een verhouding, zijn de tariefbeperking en de vrijstelling volgens de paragrafen 2 en 3 slechts op het laatstbedoelde bedrag

in dem Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, nach dessen Recht besteuert werden; die von diesem übersteigenden Betrag erhobene Steuer darf aber — unbeschadet der Anwendung des Artikels 9 — den Betrag nicht übersteigen, der zu erheben wäre, wenn es sich um Dividenden handelte.

#### Artikel 12

##### Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen, die nicht unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 darstellen, oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist der Vertrag, auf Grund dessen die Lizenzgebühren zu zahlen sind, für Zwecke der Betriebsstätte geschlossen und trägt die Betriebsstätte die eigentliche Last der Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

intérêts est imposable, conformément à sa législation, dans l'Etat contractant d'où proviennent ces intérêts; mais — sans préjudice de l'application de l'article 9 — l'impôt prélevé sur cette partie excédentaire ne peut excéder celui qui serait applicable s'il s'agissait de dividendes.

#### Article 12

##### Redevances

(1) Les redevances provenant d'un Etat contractant et attribuées à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat.

(2) Le terme « redevances » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique ne constituant pas un bien immobilier visé à l'article 6 et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

(3) La disposition du paragraphe 1 ne s'applique pas lorsque le bénéficiaire des redevances, résident d'un Etat contractant, a dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances un établissement stable auquel se rattache effectivement le droit ou le bien générateur des redevances. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

(4) Les redevances sont considérées comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, un Land, une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales, ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable pour lequel le contrat donnant lieu au paiement des redevances a été conclu et qui supporte comme telle la charge de celles-ci, ces redevances sont réputées provenir de l'Etat contractant où est situé l'établissement stable.

van toepassing. In een zodanig geval is het daarboven uitgaande deel van de interest in de overeenkomstsluitende Staat waaruit de interest herkomstig is, belastbaar volgens diens wetgeving; maar — onverminderd de toepassing van artikel 9 — mag de van dit deel geheven belasting niet hoger zijn dan de belasting die van toepassing zou zijn indien het om dividenden ging.

#### Artikel 12

##### Royalty's

(1) Royalty's herkomstig uit een overeenkomstsluitende Staat en toegerekend aan een verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat zijn slechts in die andere Staat belastbaar.

(2) Het woord « royalty's » betekent in dit artikel betalingen van elke aard ontvangen als vergoeding voor het gebruik of voor het recht van gebruik van een auteursrecht op een werk op het gebied van letterkunde, kunst of wetenschap, films daaronder begrepen, van een octrooi, van een fabrieks- of handelsmerk, van een ontwerp of model, van een plan, van een geheim recept of werkwijze, dan wel voor het gebruik of voor het recht van gebruik van een nijverheids-, handels-, of wetenschappelijke uitrusting die geen onroerend goed is als bedoeld in artikel 6, of voor inlichtingen omtrent ervaring op het gebied van nijverheid, handel of wetenschap.

(3) De bepaling van paragraaf 1 is niet van toepassing indien de genietende van de royalty's, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, in de andere overeenkomstsluitende Staat waaruit de royalty's herkomstig zijn, een vaste inrichting heeft waarmede het recht of het goed, die de royalty's opleveren, wezenlijk zijn verbonden. In een zodanig geval zijn de bepalingen van artikel 7 van toepassing.

(4) Royalty's worden geacht uit een overeenkomstsluitende Staat herkomstig te zijn als de schuldenaar die Staat zelf is, een Land, een staatkundig onderdeel of een plaatselijke gemeenschap daarvan, of een verblijfhouder van die Staat. Indien nochtans de schuldenaar van de royalty's, ongeacht of hij verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is of niet, in een overeenkomstsluitende Staat een vaste inrichting heeft ten behoeve waarvan de overeenkomst welke tot de betaling van de royalty's aanleiding geeft werd aangegaan en die de last van de royalty's als zodanig draagt, worden die royalty's geacht herkomstig te zijn uit de overeenkomstsluitende Staat waar de vaste inrichting is gelegen.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den üblichen Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird Absatz 1 nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag der Lizenzgebühren in dem Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, nach dessen Recht besteuert werden; die von diesem übersteigenden Betrag erhobene Steuer darf aber — unbeschadet der Anwendung des Artikels 9 — den Betrag nicht übersteigen, der zu erheben wäre, wenn es sich um Dividenden handelte.

(6) Wenn in dem Falle des Absatzes 5 zwischen dem die Lizenzgebühren schuldenden Unternehmen und dem die Lizenzgebühren beziehenden Unternehmen ein tatsächliches Abhängigkeits- oder Beherrschungsverhältnis besteht oder wenn diese beiden Unternehmen von einem dritten Unternehmen oder von mehreren rechtlich selbständigen, aber in derselben Gruppe abhängig zusammengefaßten Unternehmen tatsächlich abhängen oder beherrscht werden, so kann der übliche Betrag der Lizenzgebühren unter Berücksichtigung der um den üblichen Gewinn erhöhten Kosten des Erwerbs, der Weiterentwicklung und des Schutzes der Rechte, Vermögenswerte oder Kenntnisse bestimmt werden, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, sofern dieser übliche Betrag nicht auf Grund anderer geeigneter Merkmale, insbesondere durch Vergleich mit den Lizenzgebühren ermittelt werden kann, die zwischen tatsächlich unabhängigen Unternehmen für ähnliche Leistungen frei vereinbart werden.

#### Artikel 13

##### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei

(5) Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou que l'un et l'autre entretiennent avec des tierces personnes, le montant des redevances attribuées, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont versées, excède le montant normal dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, la disposition du paragraphe 1 ne s'applique qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des redevances est imposable, conformément à sa législation, dans l'Etat contractant d'où proviennent les redevances; mais — sans préjudice de l'application de l'article 9 — l'impôt prélevé sur cette partie excédentaire ne peut excéder celui qui serait applicable s'il s'agissait de dividendes.

(6) Lorsque, dans le cas visé au paragraphe 5, le débiteur est une entreprise qui est en fait sous la dépendance ou sous le contrôle de l'entreprise bénéficiaire des redevances ou vice-versa, ou encore lorsque ces deux entreprises sont, en fait, sous la dépendance ou le contrôle d'une tierce entreprise ou d'entreprises juridiquement distinctes, mais dépendant d'un même groupe, le montant normal des redevances peut être déterminé compte tenu du coût, augmenté d'un profit normal, de l'acquisition, du perfectionnement et de la conservation des droits, biens ou informations donnant lieu aux redevances, lorsque ce montant normal ne peut être évalué en fonction d'autres critères plus adéquats et notamment par comparaison avec les redevances librement fixées pour des prestations similaires entre des entreprises réellement indépendantes.

#### Article 13

##### Gains en capital

(1) Les gains provenant de l'aliénation des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis à l'article 6, paragraphe 2, sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

(2) Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers constitutifs d'une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession libérale, y compris de tels gains provenant de l'aliénation globale de

(5) Indien ten gevolge van een bijzondere verhouding tussen de schuldenaar en de genietter of tussen hen beiden met derden het bedrag van de toegekende royalty's, gelet op de prestatie waarvoor zij worden gestort, hoger is dan het normale bedrag dat door de schuldenaar en de genietter zou zijn overeengekomen bij ontstentenis van zulk een verhouding, is de bepaling van paragraaf 1 slechts op het laatstbedoelde bedrag van toepassing. In een zodanig geval is het daarboven uitgaande deel van de royalty's in de overeenkomstsluitende Staat waaruit de royalty's herkomstig zijn, belastbaar volgens diens wetgeving; maar — onverminderd de toepassing van artikel 9 — mag de van dit deel geheven belasting niet hoger zijn dan de belasting die van toepassing zou zijn indien het om dividenden ging.

(6) Indien in een geval als bedoeld in paragraaf 5 de schuldenaar een onderneming is die in feite afhankelijk is van of beheerst wordt door de onderneming die de genietter van de royalty's is, of omgekeerd, of nog indien beide ondernemingen in feite afhankelijk zijn van of beheerst worden door een derde onderneming of door juridisch zelfstandige ondernemingen, die echter van eenzelfde groep afhangen, mag het normale bedrag van de royalty's worden bepaald met inachtname van de met een normale baat verhoogde kostprijs van de verwerving, de vervolmaking en het behoud van de rechten, goederen of inlichtingen waarvoor de royalty's verschuldigd zijn, zo dit normale bedrag niet kan worden bepaald volgens andere, beter passende criteria en onder meer door vergelijking met royalty's die voor gelijksoortige prestaties vrij worden bedongen tussen werkelijk onafhankelijke ondernemingen.

#### Artikel 13

##### Kapitaalwinsten

(1) Winsten verkregen uit de vervreemding van onroerende goederen, als omschreven in artikel 6, paragraaf 2, zijn belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waar die goederen zijn gelegen.

(2) Winsten verkregen uit de vervreemding van roerende zaken, deel uitmakend van het bedrijfsvermogen van een vaste inrichting die een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende Staat aanhoudt, of van roerende zaken behorende tot een vaste basis die een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende

der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Bei der Ermittlung dieser Gewinne sind die Grundsätze des Artikels 7 Absätze 2 und 3 anzuwenden.

Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung jedes anderen Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### Artikel 14

##### Freie Berufe

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Staat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie der Tätigkeit, die über diese feste Einrichtung ausgeübt wird, zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Bücherrevisoren.

#### Artikel 15

##### Unselbständige Arbeit

(1) Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine

cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat. Les règles prévues à l'article 7, paragraphes 2 et 3, s'appliquent à la détermination du montant de ces gains.

Toutefois, les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers visés à l'article 22, paragraphe 3, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où ces biens eux-mêmes sont imposables en vertu dudit article.

(3) Les gains provenant de l'aliénation de tous autres biens ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

#### Article 14

##### Professions libérales

(1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités indépendantes de caractère analogue ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que ce résident ne dispose de façon habituelle dans l'autre Etat d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. S'il dispose d'une telle base, les revenus sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imposables aux activités exercées à l'intervention de ladite base fixe.

(2) L'expression « professions libérales » comprend en particulier les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

#### Article 15

##### Professions dépendantes

(1) Les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Si l'emploi y est exercé, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Par dérogation au paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un

Staat voor de uitoefening van een vrij beroep tot zijn beschikking heeft, daaronder begrepen winsten verkregen uit de globale vervreemding van zodanige vaste inrichting (alleen of tezamen met de gehele onderneming) of van zodanige vaste basis, zijn in die andere Staat belastbaar. De regels van artikel 7, paragrafen 2 en 3, zijn van toepassing bij het bepalen van het bedrag van die winsten.

Winsten verkregen uit de vervreemding van roerende zaken als bedoeld in artikel 22, paragraaf 3, zijn nochtans slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waar die zaken zelf volgens dat artikel belastbaar zijn.

(3) Winsten verkregen uit de vervreemding van alle andere zaken zijn slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat, waarvan de vervreemder verblijfhouder is.

#### Artikel 14

##### Vrije beroepen

(1) Inkomsten verkregen door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat uit de uitoefening van een vrij beroep of andere zelfstandige werkzaamheden van soortgelijke aard zijn slechts in die Staat belastbaar, tenzij die verblijfhouder voor het verrichten van zijn werkzaamheden in de andere Staat een geregeld tot zijn beschikking staande vaste basis heeft. Indien hij een dergelijke vaste basis heeft, zijn de inkomsten in de andere Staat belastbaar, maar slechts voor zover die kunnen worden toegerekend aan de werkzaamheden welke door middel van die vaste basis worden uitgeoefend.

(2) De uitdrukking « vrij beroep » omvat met name zelfstandige werkzaamheden op het gebied van wetenschap, letterkunde, kunst, opvoeding of onderwijs, alsmede de zelfstandige werkzaamheden van artsen, advocaten, ingenieurs, architecten, tandartsen en accountants.

#### Artikel 15

##### Afhankelijke beroepen

(1) Lonen, salarissen en andere soortgelijke beloningen verkregen door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat ter zake van een dienstbetrekking zijn slechts in die Staat belastbaar, tenzij de dienstbetrekking in de andere overeenkomstsluitende Staat wordt uitgeoefend. Indien de dienstbetrekking aldaar wordt uitgeoefend, zijn de uit dien hoofde verkregen beloningen in die andere Staat belastbaar.

(2) In afwijking van paragraaf 1 zijn beloningen verkregen door een verblijfhouder van een overeenkomst-

in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

1. sie für eine Tätigkeit gezahlt werden, die in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage — übliche Arbeitsunterbrechungen eingeschlossen — während des Kalenderjahres ausgeübt wird,
2. die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
3. die eigentliche Last der Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen wird, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2

1. können Löhne, Gehälter und andere Vergütungen, die Personen beziehen, die in der Grenzzone eines Vertragsstaates arbeiten und ihre ständige Wohnstätte, zu der sie in der Regel jeden Tag zurückkehren, in der Grenzzone des anderen Vertragsstaates haben, nur in diesem anderen Staat besteuert werden;
2. gelten Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes im Binnenverkehr ausgeübte unselbständige Arbeit, als Vergütungen für eine Tätigkeit, die in dem Vertragsstaat ausgeübt wird, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet; sie können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für Einkünfte, auf die die Artikel 16, 18, 19 und 20 anzuwenden sind.

#### Artikel 16

##### **Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmitglieder von Aktien- oder Kapitalgesellschaften**

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats oder eines entsprechenden Organs einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Aktiengesellschaft oder anderen Kapitalgesellschaft bezieht, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die ein Komplementär einer in

emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si:

- 1<sup>o</sup> elles rétribuent l'activité exercée dans l'autre Etat pendant une période ou des périodes — y compris la durée des interruptions normales de travail — n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année civile;
- 2<sup>o</sup> les rémunérations sont payées par un employeur ou au nom d'un employeur qui n'est pas résident de l'autre Etat, et
- 3<sup>o</sup> la charge des rémunérations n'est pas supportée comme telle par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

(3) Par dérogation aux paragraphes 1 et 2:

- 1<sup>o</sup> les salaires, traitements et autres rémunérations reçus par les personnes qui travaillent dans la zone frontalière d'un Etat contractant et qui ont leur foyer d'habitation permanent dans la zone frontalière de l'autre Etat contractant où elles rentrent normalement chaque jour ne sont imposables que dans cet autre Etat;
- 2<sup>o</sup> les rémunérations au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international, ou à bord d'un bateau servant à la navigation intérieure, sont considérées comme se rapportant à une activité exercée dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise et sont imposables dans cet Etat.

(4) Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas aux revenus tombant sous l'application des articles 16, 18, 19 et 20.

#### Article 16

##### **Administrateurs et commissaires de sociétés par actions ou de capitaux**

(1) Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance ou d'un organe analogue d'une société par actions ou d'une autre société de capitaux résidente de l'autre Etat contractant, sont imposables dans cet autre Etat.

(2) La disposition du paragraphe 1 s'applique également aux rémunérations

sluitende Staat ter zake van een in de andere overeenkomstsluitende Staat uitgeoefende dienstbetrekking slechts belastbaar in de eerstbedoelde Staat indien:

- 1<sup>o</sup> de beloningen werkzaamheden vergelden, die in de andere Staat werden uitgeoefend tijdens een tijdvak of tijdvakken welke — met inbegrip van de gewone arbeids- onderbrekingen — gedurende het kalenderjaar een totaal van 183 dagen niet te boven gaan;
- 2<sup>o</sup> de beloningen worden betaald door of namens een werkgever, die geen verblijfhouder van de andere Staat is, en
- 3<sup>o</sup> de last van de beloningen als zodanig niet wordt gedragen door een vaste inrichting of een vaste basis, welke de werkgever in de andere Staat aanhoudt.

(3) In afwijking van de paragrafen 1 en 2:

- 1<sup>o</sup> zijn de lonen, salarissen en andere beloningen verkregen door personen die in de grenszone van een overeenkomstsluitende Staat werken en hun duurzaam tehuis in de grenszone van de andere overeenkomstsluitende Staat hebben, waar zij normaal dagelijks terugkeren, slechts in die andere Staat belastbaar;
- 2<sup>o</sup> worden beloningen ter zake van een dienstbetrekking uitgeoefend aan boord van een schip of van een luchtvaartuig in internationaal verkeer, of aan boord van een schip in de binnenvaart, geacht betrekking te hebben op werkzaamheden uitgeoefend in de overeenkomstsluitende Staat, waar de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen en zijn ze in die Staat belastbaar.

(4) De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing op inkomsten als bedoeld in de artikelen 16, 18, 19 en 20.

#### Artikel 16

##### **Beheerders en commissarissen van vennootschappen op aandelen of van kapitaalvennootschappen**

(1) Tantièmes, presentiegelden en andere soortgelijke uitkeringen, door een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat verkregen in zijn hoedanigheid van lid van de raad van beheer, of van toezicht, of van een gelijkaardig orgaan van een vennootschap op aandelen of van een andere kapitaalvennootschap, die verblijfhouder is van de andere overeenkomstsluitende Staat, zijn in die andere Staat belastbaar.

(2) De bepaling van paragraaf 1 is ook van toepassing op de beloningen

Belgien ansässigen Kommanditgesellschaft auf Aktien sowie ein Vorstandsmitglied oder ein Geschäftsführer einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft bezieht.

(3) Vergütungen, die einer in den Absätzen 1 und 2 genannten Person für eine tägliche Tätigkeit in einer Betriebsstätte gezahlt werden, die in dem Vertragsstaat gelegen ist, in dem die Gesellschaft nicht ansässig ist, können in diesem Staat besteuert werden, wenn die Betriebsstätte die eigentliche Last dieser Vergütungen trägt.

#### Artikel 17

##### **Selbständige Künstler und Sportler**

Abweichend von Artikel 14 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten selbständigen Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

#### Artikel 18

##### **Ruhegehälter**

Vorbehaltlich des Artikels 19 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 19

##### **Vergütungen und Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen**

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem Land, einer ihrer Gebietskörperschaften oder ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land, der Gebietskörperschaft oder der juristischen Person des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen für die diesem Staat, dem Land, der Gebietskörperschaft oder der juristischen Person erbrachten Dienste gezahlt werden, können in diesem Staat besteuert werden.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Empfänger dieser Einkünfte die Staatsangehörigkeit des anderen Staates besitzt, ohne gleichzeitig die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates zu besitzen.

tions d'un associé commandité d'une société en commandite par actions, résidente de la Belgique, ainsi que d'un membre du conseil de direction ou d'un gérant d'une société de capitaux, résidente de la République Fédérale d'Allemagne.

(3) Les rémunérations allouées à une personne visée aux paragraphes 1 et 2 pour une activité journalière exercée dans un établissement stable situé dans l'Etat contractant autre que celui dont la société est un résident sont imposables dans cet autre Etat si elles sont supportées comme telles par cet établissement stable.

#### Article 17

##### **Artistes et sportifs indépendants**

Par dérogation à l'article 14, les revenus que les professionnels du spectacle, tels les artistes de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision et les musiciens, ainsi que les sportifs, retirent de leurs activités personnelles indépendantes en cette qualité, sont imposables dans l'Etat contractant où ces activités sont exercées.

#### Article 18

##### **Pensions**

Sous réserve des dispositions de l'article 19, les pensions et autres rémunérations similaires versées à un résident d'un Etat contractant au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet Etat.

#### Article 19

##### **Rémunérations et pensions publiques**

(1) Les rémunérations, y compris les pensions, versées par un Etat contractant, par un Land ou par une de leurs subdivisions politiques, collectivités locales ou personnes morales de droit public, soit directement, soit par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, au titre de services rendus à cet Etat, à ce Land, à cette subdivision politique, collectivité locale ou personne morale, sont imposables dans ledit Etat.

Cette disposition ne s'applique pas lorsque le bénéficiaire de ces revenus possède la nationalité de l'autre Etat sans posséder en même temps la nationalité du premier Etat.

van een gecommanditeerde vennoot van een vennootschap bij wijze van geldschieting op aandelen die verblijfhouder is van België, alsmede op de beloningen van een lid van de raad van bestuur of van een zaakvoerder van een kapitaalvennootschap die verblijfhouder is van de Bondsrepubliek Duitsland.

(3) De beloningen die aan een persoon als bedoeld in de paragrafen 1 en 2 worden toegekend voor de uitoefening van dagelijkse werkzaamheden in een vaste inrichting, gelegen in de andere overeenkomstsluitende Staat dan die waarvan de vennootschap verblijfhouder is, zijn in die andere Staat belastbaar indien zij als dusdanig door die vaste inrichting worden gedragen.

#### Artikel 17

##### **Zelfstandige artiesten en sportbeoefenaars**

In afwijking van artikel 14 zijn inkomsten welke personen die beroeps halve bij schouwspel optreden zoals toneelspelers, film-, radio- of televisieartiesten en musici, zomede sportbeoefenaars, als zodanig verkrijgen uit hun persoonlijke zelfstandige werkzaamheden, belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waar die werkzaamheden worden uitgeoefend.

#### Artikel 18

##### **Pensioenen**

Onder voorbehoud van de bepalingen van artikel 19 zijn pensioenen en andere soortgelijke beloningen, betaald aan een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat ter zake van een vroegere dienstbetrekking, slechts in die Staat belastbaar.

#### Artikel 19

##### **Openbare beloningen en pensioenen**

(1) Beloningen, met inbegrip van pensioenen, door een overeenkomstsluitende Staat, door een Land of door een staatkundig onderdeel, een plaatselijke gemeenschap of een rechtspersoon naar publiek recht van die Staat of van dat Land, ofwel rechtstreeks ofwel uit door hen in het leven geroepen fondsen betaald ter zake van diensten bewezen aan die Staat, aan dat Land, aan dat staatkundig onderdeel, die plaatselijke gemeenschap of rechtspersoon, zijn in die Staat belastbaar.

Deze bepaling is niet van toepassing indien de genietter van die inkomsten onderdaan is van de andere Staat zonder tezelfdertijd onderdaan te zijn van de eerstbedoelde Staat.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaates, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden.

Er wird aber angewendet auf die Vergütungen und Ruhegehälter, die die folgenden Verwaltungen und Organisationen an ihre Bediensteten zahlen:

- a) in Belgien:  
die Société nationale des Chemins de fer belges;  
die Banque Nationale de Belgique;  
die Régie des Télégraphes et des Téléphones;
- b) in der Bundesrepublik Deutschland:  
die Deutsche Bundesbank;  
die Deutsche Bundesbahn;  
die Deutsche Bundespost.

(3) Ruhegehälter und andere wiederkehrende oder einmalige Bezüge, die auf Grund der Sozialgesetzgebung eines der Vertragsstaaten von diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts gezahlt werden, können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Entschädigungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften in Form von Ruhegehältern, Leibrenten und anderen wiederkehrenden oder einmaligen Leistungen für Schäden zahlt, die als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden sind, können nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 20

##### Hochschullehrer und Studenten

(1) Die Vergütungen von Hochschullehrern und anderen Lehrern, die in einem Vertragsstaat ansässig sind und während eines vorübergehenden Aufenthalts von höchstens zwei Jahren in dem anderen Vertragsstaat an einer Universität oder einer anderen nicht Erwerbszwecken dienenden Lehr- oder Forschungsanstalt eine Lehrtätigkeit ausüben oder wissenschaftliche Forschung betreiben, können nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Lehrling oder Volontär, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher

(2) Le paragraphe 1 ne s'applique pas aux rémunérations ou pensions versées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité commerciale ou industrielle exercée par un Etat contractant, par un Land ou par une de leurs subdivisions politiques, collectivités locales ou personnes morales de droit public.

Toutefois, il s'applique aux rémunérations et pensions allouées à leur personnel par les services ou organismes suivants:

- a) en ce qui concerne la Belgique:  
— la Société nationale des Chemins de fer belges;  
— la Banque Nationale de Belgique;  
— la Régie des Télégraphes et des Téléphones;
- b) en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne:  
— la Deutsche Bundesbank;  
— la Deutsche Bundesbahn;  
— la Deutsche Bundespost.

(3) Les pensions et toutes autres allocations, périodiques ou non, payées en exécution de la législation sociale d'un Etat contractant par cet Etat, par un Land ou par une de leurs subdivisions politiques, collectivités locales ou personnes morales de droit public sont imposables dans cet Etat.

(4) Les indemnités attribuées sous forme de pensions, rentes viagères et autres prestations périodiques ou non, par un Etat contractant, par un Land ou par une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales en réparation de dommages subis du fait des hostilités ou de persécutions politiques sont imposables uniquement dans cet Etat.

#### Article 20

##### Professeurs et étudiants

(1) Les rémunérations quelconques des professeurs et autres membres du personnel enseignant, résidents d'un Etat contractant, qui séjournent temporairement dans l'autre Etat contractant pour y enseigner ou s'y livrer à des recherches scientifiques, pendant une période n'excédant pas deux ans, dans une université ou dans une autre institution d'enseignement ou de recherche scientifique sans but lucratif ne sont imposables que dans le premier Etat.

(2) Les sommes qu'un étudiant, un apprenti ou un stagiaire qui est, ou qui était auparavant, un résident d'un

(2) Paragraaf 1 is niet van toepassing op beloningen of pensioenen ter zake van diensten verricht in verband met enig handels- of nijverheidsbedrijf uitgeoefend door een overeenkomstsluitende Staat, door een Land of door een staatkundig onderdeel, een plaatselijke gemeenschap of een rechtspersoon naar publiek recht daarvan.

Nochtans is die paragraaf van toepassing op de beloningen en de pensioenen die aan de leden van hun personeel worden verleend door de volgende diensten en instellingen:

- a) met betrekking tot België:  
— de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen;  
— de Nationale Bank van België;  
— de Regie van Telegrafie en Telefonie;
- b) met betrekking tot de Bondsrepubliek Duitsland:  
— de Deutsche Bundesbank;  
— de Deutsche Bundesbahn;  
— de Deutsche Bundespost.

(3) Pensioenen en alle andere al dan niet periodieke uitkeringen tot uitvoering van de sociale wetgeving van een van de overeenkomstsluitende Staten betaald door die Staat, door een Land of door een staatkundig onderdeel, een plaatselijke gemeenschap of een rechtspersoon naar publiek recht daarvan, zijn in die Staat belastbaar.

(4) Geldbedragen die in de vorm van pensioenen, lijfrenten en andere al dan niet periodieke uitkeringen door een overeenkomstsluitende Staat, door een Land of door een staatkundig onderdeel of plaatselijke gemeenschap daarvan worden toegekend als vergoeding voor een schade, die als gevolg van oorlogshandelingen of politieke vervolging is ontstaan, zijn uitsluitend in die Staat belastbaar.

#### Artikel 20

##### Leraren en studenten

(1) Alle beloningen van hoogleraren en andere leden van het onderwijzend personeel, die verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat zijn en tijdelijk in de andere overeenkomstsluitende Staat verblijven om aldaar gedurende een tijdvak van ten hoogste twee jaar onderwijs te geven of wetenschappelijk onderzoek te verrichten aan een universiteit of een andere onderwijsinstelling of wetenschappelijke instelling zonder winstoogmerken, zijn slechts in de eerstbedoelde Staat belastbaar.

(2) Sommen ten behoeve van zijn onderhoud, onderwijs of opleiding ontvangen door een student, een leer-

dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

Etat contractant et qui séjourne dans l'autre Etat contractant à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation, reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet autre Etat, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet autre Etat.

ling of een voor het bedrijfsleven opgeleid wordende persoon (stagiair), die verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is of vroeger was en uitsluitend voor zijn onderwijs of zijn opleiding in de andere overeenkomstsluitende Staat verblijft, zijn in die andere Staat niet belastbaar, op voorwaarde dat die sommen herkomstig zijn uit bronnen buiten die andere Staat.

#### Artikel 21

#### Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Eine in einem Vertragstaat ansässige Person kann mit den Einkünften, die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnt sind, in dem anderen Vertragstaat nicht besteuert werden.

#### Article 21

#### Revenus non expressément mentionnés

Un résident d'un Etat contractant n'est pas imposable dans l'autre Etat contractant sur les éléments de son revenu qui ne sont pas expressément mentionnés dans les articles précédents.

#### Artikel 21

#### Niet uitdrukkelijk vermelde inkomsten

Een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat is in de andere overeenkomstsluitende Staat niet belastbaar ter zake van bestanddelen van zijn inkomen die niet uitdrukkelijk in de voorgaande artikelen zijn vermeld.

### IV. Besteuerung des Vermögens

#### Artikel 22

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, kann vorbehaltlich des Absatzes 3 in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsführung des Unternehmens befindet; das gleiche gilt für das Material der Eisenbahnbetriebe im Sinne des Artikels 8 Absatz 2.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

### IV. Imposition de la fortune

#### Article 22

(1) La fortune constituée par des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis à l'article 6, paragraphe 2, est imposable dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

(2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, la fortune constituée par des biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable d'une entreprise ou par des biens mobiliers constitutifs d'une base fixe servant à l'exercice d'une profession libérale est imposable dans l'Etat contractant où est situé l'établissement stable ou la base fixe.

(3) Les navires et les aéronefs exploités en trafic international et les bateaux servant à la navigation intérieure, ainsi que les biens mobiliers affectés à leur exploitation, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège de la direction effective de l'entreprise; il en est de même du matériel des exploitations ferroviaires visées à l'article 8, paragraphe 2.

(4) Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

### IV. Belastingheffing van vermogen

#### Artikel 22

(1) Vermögen bestaande uit onroerende goederen als omschreven in artikel 6, paragraaf 2 is belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waar die goederen zijn gelegen.

(2) Onder voorbehoud van de bepalingen van paragraaf 3, is vermogen bestaande uit roerende zaken die deel uitmaken van het bedrijfsvermogen van een vaste inrichting van een onderneming, of uit roerende zaken die behoren tot een vaste basis gebezigd voor de uitoefening van een vrij beroep, belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waar de vaste inrichting of de vaste basis is gelegen.

(3) Schepen en luchtvaartuigen in internationaal verkeer en schepen in de binnenvaart, zomede roerende zaken die voor de exploitatie daarvan worden gebezigd, zijn slechts belastbaar in de overeenkomstsluitende Staat waar de plaats van de werkelijke leiding van de onderneming is gelegen; dit geldt ook voor het materieel van spoorwegexploitaties als bedoeld in artikel 8, paragraaf 2.

(4) Alle andere vermogensbestanddelen van een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat zijn slechts in die Staat belastbaar.

### V. Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

#### Artikel 23

(1) Bei Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind,

### V. Dispositions préventives de la double imposition

#### Article 23

(1) En ce qui concerne les résidents de la République Fédérale d'Allema-

### V. Bepalingen tot voorkoming van dubbele belasting

#### Artikel 23

(1) Met betrekking tot verblijfhouders van de Bondsrepubliek Duits-

wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

1. Die aus Belgien stammenden Einkünfte — mit Ausnahme der unter die nachfolgende Nummer 2 und Artikel 12 Absätze 5 und 6 fallenden Einkünfte — und die in Belgien gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden können, sind in der Bundesrepublik Deutschland von der Steuer befreit. Diese Befreiung schränkt jedoch das Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.

2. Die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in Belgien erhobene Steuer

a) von Dividenden, die unter Artikel 10 Absatz 2 fallen, mit Ausnahme der Einkünfte aus dem Kapitalvermögen, das in einer in Belgien ansässigen offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft investiert ist, und

b) von Zinsen, die unter Artikel 11 Absatz 2 fallen,

wird auf die von diesen Einkünften in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf aber den Teil der sich ohne die Anrechnung ergebenden Steuer nicht übersteigen, der anteilig auf diese in Belgien steuerpflichtigen Einkünfte entfällt.

3. Abweichend von Nummer 2 Buchstabe a fallen Dividenden einer in Belgien ansässigen Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Kapitalgesellschaft bezieht, der mindestens 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der erstgenannten Gesellschaft gehören, unter Nummer 1, wenn die aus dritten Staaten stammenden Bruttodividenden, abzüglich der ausländischen Steuer, nicht mehr als 20 v. H. der Gewinne der erstgenannten Gesellschaft ausmachen.

Dividenden, die auf Grund eines zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem dritten Staat geschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in der Bundesrepublik Deutschland steuerbefreit wären, wenn sie unter den gleichen Umständen unmittelbar an die in der Bundesrepublik Deutschland an-

gne, la double imposition est évitée de la manière suivante:

1° les revenus provenant de la Belgique — à l'exclusion des revenus visés au 2° ci-après ainsi qu'à l'article 12, paragraphes 5 et 6 — et les éléments de la fortune situés en Belgique, qui sont imposables dans cet Etat en vertu des articles précédents, sont exemptés d'impôts en République Fédérale d'Allemagne. Cette exemption ne limite pas le droit de la République Fédérale d'Allemagne de tenir compte, lors de la détermination du taux de ses impôts, des revenus et des éléments de fortune ainsi exemptés;

2° l'impôt perçu en Belgique conformément à la présente Convention

a) sur les dividendes soumis au régime prévu à l'article 10, paragraphe 2, à l'exclusion des revenus de capitaux investis dans les sociétés en nom collectif et dans les sociétés en commandite simple, résidentes de la Belgique, et

b) sur les intérêts soumis au régime prévu à l'article 11, paragraphe 2,

est imputé sur l'impôt afférent à ces mêmes revenus qui est perçu en République Fédérale d'Allemagne. Le montant ainsi déduit ne peut toutefois excéder la fraction de l'impôt, calculé avant la déduction, qui correspond proportionnellement auxdits revenus imposables en Belgique;

3° par dérogation au 2°, a, les dividendes d'une société par actions, résidente de la Belgique, recueillis par une société de capitaux, résidente de la République Fédérale d'Allemagne qui détient au moins 25 p. c. des actions ou parts assorties d'un droit de vote de la première société, sont soumis au régime prévu au 1°, à condition que les bénéficiaires de cette première société ne soient pas constitués, pour plus de 20 p. c., par des dividendes bruts, déduction faite de l'impôt étranger, provenant de pays tiers.

Aux fins de l'alinéa précédent, ne sont pas considérés comme dividendes provenant d'un pays tiers, les dividendes qui seraient, en vertu d'une convention préventive de la double imposition conclue entre la République Fédérale d'Allemagne et ce pays tiers, exemptés d'impôts en République Fédérale d'Allemagne s'ils avaient été

land wordt dubbele belasting op de volgende wijze voorkomen:

1° inkomsten herkomstig uit België — met uitzondering van inkomsten als bedoeld in 2° hierna alsmede in artikel 12, paragrafen 5 en 6 — en in België gelegen vermogensbestanddelen, die op grond van de voorgaande artikelen in die Staat belastbaar zijn, zijn in de Bondsrepubliek Duitsland vrijgesteld van belastingen. Die vrijstelling beperkt niet het recht van de Bondsrepubliek Duitsland om met de aldus vrijgestelde inkomsten en vermogensbestanddelen rekening te houden bij de bepaling van het tarief van de belastingen.

2° de in België volgens deze Overeenkomst geheven belasting

a) op dividenden onderworpen aan de in artikel 10, paragraaf 2 bedoelde regeling, met uitzondering van inkomsten uit kapitalen belegd in vennootschappen onder gemeenschappelijke naam en in vennootschappen bij wijze van eenvoudige geldschieting, verblijfhouders van België en,

b) op interest onderworpen aan de in artikel 11, paragraaf 2,

bedoelde regeling wordt verrekend met de belasting die op dezelfde inkomsten betrekking heeft en in de Bondsrepubliek Duitsland wordt geheven. Het in mindering te brengen bedrag mag echter het deel van de belasting berekend zonder de vermindering, dat evenredig betrekking heeft op die in België belastbare inkomsten, niet te boven gaan.

3° in afwijking van 2°, a, worden de dividenden van een vennootschap op aandelen, verblijfhouder van België, die worden verkregen door een kapitaalvennootschap, verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland, aan dewelke ten minste 25 t. h. van de stemgerechtigde aandelen of delen van de eerste vennootschap behoren, aan de in 1° bedoelde regeling onderworpen op voorwaarde dat de winsten van die eerste vennootschap niet voor meer dan 20 t. h. bestaan uit brutodividenden, na aftrek van de buitenlandse belasting, welke uit derde landen herkomstig zijn.

Voor de toepassing van het voorgaande lid worden niet geacht uit een derde land herkomstig te zijn, dividenden, die op grond van een tussen de Bondsrepubliek Duitsland en dat derde land gesloten overeenkomst tot voorkoming van dubbele belasting in de Bondsrepubliek Duitsland zouden vrijgesteld zijn van belastingen indien

sässige Kapitalgesellschaft gezahlt worden wären, gelten für den vorstehenden Unterabsatz nicht als Dividenden, die aus einem dritten Staat stammen.

Die vorstehend genannten Anteile einer in Belgien ansässigen Gesellschaft werden unter den gleichen Voraussetzungen von der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Vermögensteuer befreit.

(2) Bei Personen, die in Belgien ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

1. Die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte — mit Ausnahme der unter die Nummern 2 und 3 fallenden Einkünfte — und die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden können, sind in Belgien von der Steuer befreit. Sofern es sich nicht um die unter Artikel 19 Absatz 4 fallenden Einkünfte handelt, schränkt diese Befreiung nicht das Recht Belgiens ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

2. Bei Dividenden, die unter Artikel 10 Absatz 2 oder 3 fallen, bei Zinsen, die unter Artikel 11 Absatz 2 oder 7 fallen, und bei dem übersteigenden Betrag der Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Absatz 5 oder 6 wird der im belgischen Recht vorgesehene Pauschalbetrag der ausländischen Steuer unter den von diesem Recht geforderten Voraussetzungen angerechnet, und zwar auf die Einkommensteuer der natürlichen Personen, wenn es sich um Dividenden handelt, bzw. auf die Einkommensteuer, der natürlichen Personen oder die Körperschaftsteuer, wenn es sich um Zinsen oder übersteigende Beträge der Lizenzgebühren handelt, die nach deutschem Recht sowie nach Artikel 11 Absatz 2 oder 7 oder Artikel 12 Absatz 5 oder 6 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können.

3. a) Gehören einer in Belgien ansässigen Gesellschaft Anteile einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft, so sind die von der letztgenannten Gesellschaft an sie gezahlten Dividenden, die unter Artikel 10 Absatz 2 oder 3 fallen, in Belgien von der Körperschaftsteuer befreit, soweit diese Befreiung gewährt würde, wenn

attribués directement dans les mêmes conditions à la susdite société de capitaux résidente de ce dernier Etat.

Les actions ou parts susvisées d'une société résidente de la Belgique sont, aux mêmes conditions, exemptées de l'impôt sur la fortune perçu en République Fédérale d'Allemagne.

(2) En ce qui concerne les résidents de la Belgique, la double imposition est évitée de la manière suivante:

1<sup>o</sup> les revenus provenant de la République Fédérale d'Allemagne — à l'exclusion des revenus visés aux 2<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup> — et les éléments de la fortune situés en République Fédérale d'Allemagne, qui sont imposables dans cet Etat en vertu des articles précédents, sont exemptés d'impôts en Belgique. Sauf lorsqu'il s'agit de revenus visés à l'article 19, paragraphe 4, cette exemption ne limite pas le droit de la Belgique de tenir compte, lors de la détermination du taux de ses impôts, des revenus et des éléments de la fortune ainsi exemptés;

2<sup>o</sup> en ce qui concerne les dividendes soumis au régime prévu à l'article 10, paragraphes 2 ou 3, les intérêts soumis au régime prévu à l'article 11, paragraphes 2 ou 7 et la partie excédentaire des redevances visée à l'article 12, paragraphes 5 ou 6, la quotité forfaitaire d'impôt étranger prévue par la législation belge est imputée dans les conditions prévues par cette législation, d'une part, sur l'impôt des personnes physiques afférent auxdits dividendes et, d'autre part, sur ledit impôt ou l'impôt des sociétés, afférent auxdits intérêts et excédents de redevances qui sont imposables en République Fédérale d'Allemagne conformément à la législation de cet Etat ainsi qu'à l'article 11, paragraphes 2 ou 7 et à l'article 12, paragraphes 5 ou 6;

3<sup>o</sup> a) lorsqu'une société résidente de la Belgique a la propriété d'actions ou parts d'une société de capitaux, résidente de la République Fédérale d'Allemagne, les dividendes qui lui sont attribués par cette dernière société et qui ont été soumis au régime prévu à l'article 10, paragraphe 2 ou paragraphe 3, sont exemptés d'impôt des so-

die dividenden op dezelfde voorwaarden en onmiddellijk aan de voormelde kapitaalvennootschap, verblijfhouder van die laatste Staat, waren toegekend geweest.

De voormelde aandelen of delen van een vennootschap, verblijfhouder van België, zijn op dezelfde voorwaarden vrijgesteld van de in de Bondsrepubliek Duitsland geheven vermogensbelasting.

(2) Met betrekking tot verblijfhouders van België wordt dubbele belasting op de volgende wijze voorkomen:

1<sup>o</sup> inkomsten herkomstig uit de Bondsrepubliek Duitsland — met uitzondering van inkomsten als bedoeld in 2<sup>o</sup> en 3<sup>o</sup> — en in de Bondsrepubliek Duitsland gelegen vermogensbestanddelen, die volgens de voorgaande artikelen in die Staat belastbaar zijn, zijn in België vrijgesteld van belastingen. Behalve voor inkomsten als bedoeld in artikel 19, paragraaf 4, beperkt die vrijstelling niet het recht van België om met de aldus vrijgestelde inkomsten en vermogensbestanddelen rekening te houden bij de bepaling van het tarief van zijn belastingen;

2<sup>o</sup> met betrekking tot dividenden onderworpen aan de in artikel 10, paragrafen 2 tot 3, bedoelde regeling, interest onderworpen aan de in artikel 11, paragrafen 2 of 7, bedoelde regeling en het boven het normaal bedrag uitgaande deel van de royalty's bedoeld in artikel 12, paragrafen 5 of 6, wordt het forfaitaire gedeelte van de buitenlandse belasting, waarin door de Belgische wetgeving is voorzien, op de door die wetgeving bepaalde voorwaarden verrekend, eensdeels met de personenbelasting die verband houdt met die dividenden en, anderdeels, met dezelfde belasting of met de vennootschapsbelasting die verband houdt met die interest en die boven het normaal bedrag uitgaande royalty's, welke in de Bondsrepubliek Duitsland belastbaar zijn volgens de wetgeving van die Staat alsmede volgens artikel 11, paragrafen 2 of 7, en artikel 12, paragrafen 5 of 6;

3<sup>o</sup> a) indien een vennootschap, verblijfhouder van België, aandelen of delen in eigendom bezit van een kapitaalvennootschap, verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland, worden de dividenden die haar door de laatstvermelde vennootschap worden toegekend en aan de regeling bedoeld in artikel 10, paragraaf 2 of para-

die beiden Gesellschaften in Belgien ansässig wären; diese Bestimmung schließt nicht aus, daß von diesen Dividenden die nach belgischem Recht zu zahlende Vorsteuer (précompte mobilier) erhoben wird, die Dividenden sind aber — mit Ausnahme von Liquidationsanteilen und Gratisaktien — bei ihrer Weiterausschüttung an die Aktionäre der in Belgien ansässigen Gesellschaft im gleichen Maße von dieser Vorsteuer befreit.

- b) Ständen Anteile einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen und dort der Körperschaftsteuer unterliegenden Kapitalgesellschaft während des ganzen Geschäftsjahres dieser Gesellschaft im ausschließlichen Eigentum einer in Belgien ansässigen Gesellschaft, so kann die letztgenannte Gesellschaft auch von der Vorsteuer befreit werden, die nach belgischem Recht von den Dividenden dieser Anteile erhoben wird, sofern sie dies spätestens innerhalb der Frist für die Abgabe der Jahressteuererklärung schriftlich beantragt; in diesem Fall können bei einer Weiterausschüttung die so befreiten Dividenden nicht von den ausgeschütteten Dividenden abgesetzt werden, die der Vorsteuer unterliegen. Diese Bestimmung wird nicht angewendet, wenn die belgische Gesellschaft sich verbindlich dafür entschieden hat, daß ihre Gewinne der Einkommensteuer der natürlichen Personen unterworfen werden.

ciétés en Belgique, dans la mesure où cette exemption serait accordée si les deux sociétés étaient résidentes de la Belgique; cette disposition n'exclut pas le prélèvement sur ces dividendes du précompte mobilier exigible suivant la législation belge, mais lesdits dividendes — à l'exclusion des répartitions de liquidation et des distributions gratuites d'actions — sont, dans la même mesure, exemptés dudit précompte lors de leur redistribution aux actionnaires de la société résidente de la Belgique.

- b) lorsqu'une société résidente de la Belgique a eu pendant toute la durée de l'exercice social d'une société de capitaux, résidente de la République Fédérale d'Allemagne et soumise à l'impôt des sociétés dans cet Etat, la propriété exclusive d'actions ou parts de cette dernière société, elle peut également être exemptée du précompte mobilier exigible, suivant la législation belge, sur les dividendes de ces actions ou parts, à la condition d'en faire la demande par écrit au plus tard dans le délai prescrit pour la remise de sa déclaration annuelle; lors de la redistribution à ses propres actionnaires de ces dividendes ainsi exemptés, ceux-ci ne peuvent, dans ce cas, être déduits des dividendes distribués passibles du précompte mobilier. Cette disposition n'est pas applicable lorsque la première société a valablement opté pour l'imposition de ses bénéfices à l'impôt des personnes physiques.

graaf 3 werden onderworpen, in België vrijgesteld van de vennootschapsbelasting in de mate dat vrijstelling zou worden verleend indien beide vennootschappen verblijfhouder van België waren geweest; deze bepaling belet niet dat van die dividenden de roerende voorheffing wordt geheven welke volgens de Belgische wetgeving verschuldigd is, maar die dividenden — met uitzondering van liquidatie-uitkeringen en uitdelingen van bonus-aandelen — worden bij hun wederuitkering aan de aandeelhouders van de vennootschap, verblijfhouder van België, in dezelfde mate van die voorheffing vrijgesteld.

- b) indien een vennootschap, verblijfhouder van België, gedurende het ganse boekjaar van een kapitaalvennootschap, die verblijfhouder is van de Bondsrepubliek Duitsland en aldaar aan de vennootschapsbelasting is onderworpen, aandelen of delen van deze laatste vennootschap in uitsluitende eigendom heeft bezeten, kan zij eveneens worden vrijgesteld van de roerende voorheffing welke volgens de Belgische wetgeving op de dividenden van die aandelen of delen is verschuldigd, op voorwaarde dat zij zulks schriftelijk aanvraagt binnen de termijn waarin haar jaarlijkse aangifte moet worden ingediend; bij de wederuitkering van de aldus vrijgestelde dividenden aan haar eigen aandeelhouders, mogen deze dividenden niet in mindering worden gebracht van de aan de roerende voorheffing te onderwerpen uitgekeerde dividenden. Deze bepaling is niet van toepassing als de eerste vennootschap op geldige wijze de aanslag van haar winsten in de personenbelasting heeft gekozen.

## VI. Besondere Bestimmungen

### Artikel 24

#### Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

## VI. Dispositions spéciales

### Article 24

#### Non-discrimination

(1) Les nationaux d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujettis les nationaux de cet autre Etat se trouvant dans la même situation.

## VI. Bijzondere bepalingen

### Artikel 24

#### Gelijke behandeling

(1) Onderdanen van een overeenkomstsluitende Staat zullen in de andere overeenkomstsluitende Staat niet worden onderworpen aan enige belasting of daarmede verband houdende verplichting, die anders of drukkenender is dan de belasting en daarmede verband houdende verplichtingen waaraan onderdanen van die andere Staat onder gelijke omstandigheden zijn of mochten worden onderworpen.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet:

1. in bezug auf Belgien alle natürlichen Personen, die die belgische Staatsangehörigkeit besitzen;
2. in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
3. alle Gesellschaften, die nach dem in einem Vertragstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Staatenlose dürfen in einem Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen dieses Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragstaat, bei der Besteuerung der Betriebsstätte eines Unternehmens, das von einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen natürlichen Person betrieben wird, Steuerfreiheiten, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(5) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern jeder Art und Bezeichnung.

(2) Le terme « nationaux » désigne:

- 1<sup>o</sup> en ce qui concerne la Belgique, toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité belge;
- 2<sup>o</sup> en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens de l'article 116, paragraphe 1, de la Loi Fondamentale pour la République Fédérale d'Allemagne;
- 3<sup>o</sup> toutes les sociétés constituées conformément à la législation en vigueur dans un Etat contractant.

(3) Les apatrides ne sont soumis dans un Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujettis les nationaux de cet Etat se trouvant dans la même situation.

(4) L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas établie dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre Etat qui exercent la même activité.

Cette disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder, pour l'imposition de l'établissement stable d'une entreprise exploitée par une personne physique, résidente de l'autre Etat contractant, les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôts en fonction de la situation ou de charges de famille, qu'il accorde à ses propres résidents.

(5) Les entreprises d'un Etat contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont soumises dans le premier Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative, autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujetties les autres entreprises de même nature de ce premier Etat.

(6) Le terme « imposition » désigne, dans le présent article, les impôts de toute nature ou dénomination.

(2) De uitdrukking « onderdanen » betekent:

- 1<sup>o</sup> met betrekking tot België, alle natuurlijke personen, die de Belgische nationaliteit bezitten;
- 2<sup>o</sup> met betrekking tot de Bondsrepubliek Duitsland, alle Duitsers in de zin van artikel 116, paragraaf 1, van de Grondwet voor de Bondsrepubliek Duitsland;
- 3<sup>o</sup> alle vennootschappen opgericht overeenkomstig de wetgeving die van kracht is in een overeenkomstsluitende Staat.

(3) Statenlozen zullen in een overeenkomstsluitende Staat niet worden onderworpen aan enige belasting of daarmede verband houdende verplichting die anders of drukkender is dan de belasting en daarmede verband houdende verplichtingen waaraan onderdanen van die Staat onder gelijke omstandigheden zijn of mochten worden onderworpen.

(4) De belasting van een vaste inrichting, die een onderneming van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende Staat aanhoudt, wordt in die andere Staat niet op minder gunstige wijze geheven dan de belasting van ondernemingen van die andere Staat, die dezelfde werkzaamheden uitoefenen.

Deze bepaling mag niet dusdanig worden uitgelegd dat zij een overeenkomstsluitende Staat de verplichting oplegt, bij de belastingheffing van de vaste inrichting van een onderneming welke door een natuurlijke persoon, verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat, wordt gedreven, uit hoofde van de gezinstoestand of de gezinslasten, de persoonlijke verminderings-, aftrekken en belastingverlagings te verlenen, die hij aan zijn eigen verblijfhouders verleent.

(5) Ondernemingen van een overeenkomstsluitende Staat, waarvan het kapitaal geheel of ten dele onmiddellijk of middellijk in het bezit is van, of wordt beheerd door één of meer verblijfhouders van de andere overeenkomstsluitende Staat, worden in de eerstbedoelde Staat niet onderworpen aan enige belasting of daarmede verband houdende verplichting, die anders of drukkender is dan de belasting en daarmede verband houdende verplichtingen, waaraan andere soortgelijke ondernemingen van die eerstbedoelde Staat zijn of mochten worden onderworpen.

(6) In dit artikel betekent de uitdrukking « belasting » belastingen van alle aard of benaming.

## Artikel 25

**Verständigungsverfahren**

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Doppelbesteuerung geführt haben oder führen werden, die dem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe bei der zuständigen Behörde des Vertragstaates, in dem sie ansässig ist, schriftlich Antrag auf die Überprüfung dieser Besteuerung stellen. Dieser Antrag kann innerhalb einer Frist von zwei Jahren seit dem Tage, an dem die zweite Besteuerung dieser Person bekanntgegeben oder im Abzugswege vorgenommen worden ist, gestellt werden, und zwar auch, wenn die dem Abkommen widersprechende Besteuerung nach dem Recht des Vertragstaates, der sie vorgenommen hat, nicht mehr rückgängig gemacht oder gemindert werden kann. Hat diese Person nach dem Recht eines Vertragstaates die sie belastende Steuerfestsetzung dieses Staates angefochten, so endet die vorerwähnte Frist nicht vor Ablauf eines Jahres seit dem Tage, an dem diese Besteuerung rechtskräftig geworden ist.

(2) Hält die in Absatz 1 erwähnte zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Doppelbesteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten verständigen sich über die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere darüber, welche Nachweise die in einem der beiden Staaten ansässigen Personen beizubringen haben, um in dem anderen Staat in den Genuß der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerbefreiungen oder -ermäßigungen zu kommen.

## Artikel 26

**Austausch von Informationen**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten tauschen die Informationen aus, die erforderlich sind zur

## Article 25

**Procédure amiable**

(1) Lorsqu'un résident d'un Etat contractant estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par chacun des deux Etat entraînent ou entraîneront pour lui une double imposition non conforme à la Convention, il peut, sans préjudice des recours prévus par la législation nationale de ces Etats, adresser à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont il est un résident une demande écrite de révision de cette imposition. Même lorsque l'imposition reconnue non conforme à la Convention n'est plus susceptible d'annulation ou de réduction suivant la législation de l'Etat contractant où elle a été établie, ladite demande peut encore être présentée dans un délai de deux ans à compter de la notification ou de la perception à la source de la seconde imposition. Si ce résident a contesté, suivant la législation d'un Etat contractant, l'imposition établie à sa charge dans cet Etat, le délai précité ne prend pas fin avant l'expiration d'une période d'un an prenant cours à la date à laquelle cette imposition aura acquis un caractère définitif.

(2) L'autorité compétente visée au paragraphe 1 s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution satisfaisante, de régler la question par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une double imposition non conforme à la Convention.

(3) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peut donner lieu l'application de la Convention.

(4) Les autorités compétentes des Etats contractants se concertent au sujet des mesures administratives nécessaires à l'exécution des dispositions de la Convention et notamment au sujet des justifications à fournir par les résidents de chaque Etat pour bénéficier dans l'autre Etat des exemptions ou réductions d'impôts prévues à cette Convention.

## Article 26

**Echange de renseignements**

(1) Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements nécessaires pour appli-

## Artikel 25

**Minnelijke regeling**

(1) Als een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat van oordeel is, dat de maatregelen van een van de overeenkomstsluitende Staten of van beide Staten voor hem leiden of zullen leiden tot dubbele belasting in strijd met deze overeenkomst, kan hij, onverminderd de rechtsmiddelen waarin is voorzien in de wetgeving van die Staten, schriftelijk een verzoek om herziening van de belasting richten aan de bevoegde autoriteit van de overeenkomstsluitende Staat, waarvan hij verblijfhouder is. Zelfs indien de belasting die in strijd met de overeenkomst wordt bevonden, volgens de wetgeving van de Staat waar zij werd gevestigd niet meer kan worden vernietigd of verminderd, mag dat verzoek nog worden ingediend binnen een termijn van twee jaren vanaf de betekening of vanaf de inhouding aan de bron van de tweede aanslag. Indien die verblijfhouder de te zijnen laste in een overeenkomstsluitende Staat gevestigde belasting volgens de wetgeving van die Staat heeft betwist, loopt de voormelde termijn niet ten einde vóór het verstrijken van een periode van één jaar te rekenen vanaf de datum waarop de belasting definitief is geworden.

(2) De in paragraaf 1 bedoelde bevoegde autoriteit zal, indien het verzoek haar gegrond voorkomt en indien zij niet zelf in staat is tot een bevredigende oplossing te komen, trachten de aangelegenheid in onderlinge overeenstemming met de bevoegde autoriteit van de andere overeenkomstsluitende Staat te regelen, ten einde dubbele belasting in strijd met de overeenkomst te vermijden.

(3) De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten zullen in onderlinge overeenstemming trachten de moeilijkheden of twijfelpunten die mochten rijzen met betrekking tot de toepassing van de overeenkomst, op te lossen.

(4) De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten plegen overleg omtrent de administratieve maatregelen die voor de uitvoering van de bepalingen van deze overeenkomst nodig zijn en met name omtrent de bewijzen die de verblijfhouders van elke Staat moeten overleggen om in de andere Staat de bij deze overeenkomst vastgestelde belastingvrijstellingen of -verminderingen te genieten.

## Artikel 26

**Uitwisseling van inlichtingen**

(1) De bevoegde autoriteiten van de overeenkomstsluitende Staten wisselen de inlichtingen uit die nodig zijn

Durchführung des Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung mit dem Abkommen in Einklang steht.

Alle so erlangten Informationen sind geheimzuhalten; sie dürfen — außer dem Steuerpflichtigen oder seinem Beauftragten — nur den Personen oder Behörden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern und den diesbezüglichen Rechtsbehelfen befaßt sind, sowie den Justizbehörden und Gerichten zur strafrechtlichen Verfolgung zugänglich gemacht werden.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat:

1. Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;
2. Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
3. Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

#### Artikel 27

##### Amtshilfe bei der Steuererhebung

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung bei der Bekanntgabe und Beitreibung der Steuern im Sinne des Artikels 2, d. h. des eigentlichen Steuerbetrages, der Erhöhungen, Zuschläge, Zinsen, Kosten und Geldbußen ohne Strafcharakter.

(2) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde eines Vertragsstaates wird die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates nach den für die Bekanntgabe und Beitreibung dieser Steuern des ersuchten Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Bekanntgabe und Beitreibung der in Absatz 1 genannten steuerlichen Ansprüche durchführen, die in dem ersuchenden Staat geschuldet werden. Diese Ansprüche genießen in dem er-

quer les dispositions de la Convention et celles des lois internes des Etats contractants relatives aux impôts visés par la Convention, dans la mesure où l'imposition qu'elles prévoient est conforme à la Convention.

Tout renseignement ainsi obtenu doit être tenu secret; il ne peut être communiqué, en dehors du contribuable ou de son mandataire, qu'aux personnes ou autorités chargées de l'établissement ou du recouvrement des impôts visés par la Convention et des réclamations et recours y relatifs, ainsi qu'aux autorités judiciaires en vue de poursuites pénales.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation:

- 1° de prendre des dispositions administratives dérogeant à sa propre législation ou à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant;
- 2° de fournir des renseignements qui pourraient être obtenus sur la base de sa propre législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;
- 3° de transmettre des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

#### Article 27

##### Assistance au recouvrement

(1) Les Etats contractants s'engagent à se prêter mutuellement aide et assistance aux fins de notifier et de recouvrer en principal, accroissements, additionnels, intérêts, frais et amendes sans caractère pénal les impôts visés à l'article 2.

(2) Sur requête de l'autorité compétente d'un Etat contractant, l'autorité compétente de l'autre Etat contractant assure, suivant les dispositions légales et réglementaires applicables à la notification et au recouvrement desdits impôts de ce dernier Etat, la notification et le recouvrement des créances fiscales visées au paragraphe 1, qui sont exigibles dans le premier Etat. Ces créances ne jouissent d'aucun privilège dans l'Etat requis et celui-ci

om uitvoering te geven aan de bepalingen van de overeenkomst en aan die van de nationale wetten van de overeenkomstsluitende Staten met betrekking tot de belastingen waarop de overeenkomst van toepassing is, voor zover de aanslag, waarin ze voorzien, met de overeenkomst in overeenstemming is.

Elke aldus bekomen inlichting moet geheim worden gehouden; buiten de belastingplichtige of zijn gevolmachtigde, mag zij slechts worden medegedeeld aan personen of autoriteiten die belast zijn met de vestiging of de invordering van de in de overeenkomst bedoelde belastingen en met de desbetreffende bezwaarschriften en verhalen, zomede aan de gerechtelijke autoriteiten met het oog op strafrechtelijke vervolgingen.

(2) In geen geval mogen de bepalingen van paragraaf 1 dusdanig worden uitgelegd, dat zij een van de overeenkomstsluitende Staten de verplichting opleggen:

- 1° administratieve maatregelen te nemen, welke afwijken van zijn eigen wetgeving of van zijn administratieve praktijk of van die van de andere overeenkomstsluitende Staat;
- 2° bijzonderheden te verstrekken, welke niet verkrijgbaar zouden zijn volgens zijn eigen wetgeving of binnen het raam van zijn normale administratieve praktijk of die van de andere overeenkomstsluitende Staat;
- 3° inlichtingen te verstrekken, die een handels-, bedrijfs-, nijverheids- of beroepsgeheim of een handelswerkwijze zouden onthullen, of waarvan het verstrekken in strijd zou zijn met de openbare orde.

#### Artikel 27

##### Invorderingsbijstand

(1) De overeenkomstsluitende Staten nemen op zich elkander wederkerig hulp en bijstand te verlenen voor de betekening en de invordering van de in artikel 2 bedoelde belastingen in hoofdsom, verhogingen, opcentiemen, interest, kosten en boeten van niet strafrechtelijke aard.

(2) Op verzoekschrift van de bevoegde autoriteit van een overeenkomstsluitende Staat zorgt de bevoegde autoriteit van de andere overeenkomstsluitende Staat, overeenkomstig de wetten en de regels welke voor de betekening en de invordering van zijn eigen belastingen van toepassing zijn, voor de notificatie en de invordering van de in paragraaf 1 bedoelde belastingvorderingen die in de eerstbedoelde Staat eisbaar zijn.

suchten Staat keinen Vorrang, und der ersuchte Staat ist nicht verpflichtet, Vollstreckungsmaßnahmen durchzuführen, die nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des ersuchenden Staates nicht zulässig sind.

(3) Den Ersuchen im Sinne des Absatzes 2 ist eine beglaubigte Ausfertigung der Vollstreckungstitel und gegebenenfalls eine beglaubigte Ausfertigung der rechtskräftigen Entscheidungen beizufügen.

(4) Steht gegen steuerliche Ansprüche noch der Rechtsweg offen, so kann die zuständige Behörde eines Vertragsstaates zur Wahrung der Rechte dieses Staates die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates ersuchen, die nach dessen Recht vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen zu treffen; die Absätze 1 bis 3 gelten sinngemäß auch für diese Maßnahmen.

(5) Artikel 26 Absatz 1 Unterabsatz 2 gilt ebenfalls für die Auskünfte, die den zuständigen Behörden des ersuchten Staates nach diesem Artikel erteilt werden.

n'est pas tenu d'appliquer des moyens d'exécution qui ne sont pas autorisés par les dispositions légales ou réglementaires de l'Etat requérant.

(3) Les requêtes visées au paragraphe 2 sont appuyées d'une copie officielle des titres exécutoires accompagnée, s'il échet, d'une copie officielle des décisions passées en force de chose jugée.

(4) En ce qui concerne les créances fiscales qui sont susceptibles de recours, l'autorité compétente d'un Etat contractant, peut, pour la sauvegarde de ses droits, demander à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant de prendre les mesures conservatoires prévues par la législation de celui-ci; les dispositions des paragraphes 1 à 3 sont applicables, mutatis mutandis, à ces mesures.

(5) L'article 26, paragraphe 1, alinéa 2, s'applique également à tout renseignement porté, en exécution du présent article, à la connaissance des autorités compétentes de l'Etat requis.

Die vorderingen genieten geen enkel voorrecht in de aangezochte Staat en deze is niet gehouden uitvoeringsmiddelen aan te wenden die niet toegelaten zijn door de wetten of de regels van de verzoekende Staat.

(3) De in paragraaf 2 bedoelde verzoekschriften worden gestaafd met een officieel afschrift van de uitvoerbare titels, eventueel vergezeld van een officieel afschrift van de beslissingen die het gezag van het gewijsde hebben verworven.

(4) Met betrekking tot de belastingvorderingen waartegen beroep openstaat, mag de bevoegde autoriteit van een overeenkomstsluitende Staat, om zijn rechten te vrijwaren, de bevoegde autoriteit van de andere overeenkomstsluitende Staat verzoeken de conservatoire maatregelen te nemen waarin diens wetgeving voorziet; de bepalingen van paragrafen 1 tot 3 zijn mutatis mutandis op die maatregelen van toepassing.

(5) Artikel 26, paragraaf 1, lid 2, is mede van toepassing op elke inlichting, die ingevolge dit artikel ter kennis van de bevoegde autoriteiten van de aangezochte Staat wordt gebracht.

#### Artikel 28

##### Verschiedenes

(1) Das Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Angehörigen der diplomatischen Missionen und der Konsulate nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Dieses Abkommen berührt nicht Artikel 18 Absatz 2 und Artikel 31 Absatz 2 des am 15. Mai 1956 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in den Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze.

#### Article 28

##### Divers

(1) Les dispositions de la Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques et des postes consulaires, en vertu, soit des règles générales du droit des gens, soit des dispositions d'accords particuliers.

(2) Les dispositions de la présente Convention ne dérogent pas aux articles 18, paragraphe 2, et 31, paragraphe 2, de la Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique, relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés, aux contrôles des trains en cours de route et à la désignation des gares communes et d'échange, pour le trafic par la frontière belgo-allemande, signée à Bruxelles le 15 mai 1956.

#### Artikel 28

##### Diverse bepalingen

(1) De bepalingen van de Overeenkomst doen geen afbreuk aan de fiscale voorrechten welke de leden van diplomatieke zendingen of consulaire posten genieten krachtens de algemene regelen van het volkenrecht of krachtens bepalingen van bijzondere akkoorden.

(2) De bepalingen van deze Overeenkomst wijken niet af van de artikelen 18, paragraaf 2, en 31, paragraaf 2, van de overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk België, betreffende de oprichting van kantoren waar de nationale controles van beide landen naast elkaar geschieden, betreffende de controles in de rijdende treinen en de aanwijzing van gemeenschappelijke stations en van uitwisselingsstations, voor het verkeer over de Belgisch-Duitse grens, ondertekend te Brussel op 15 mei 1956.

#### Artikel 29

Das Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung Belgiens innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegen- teilige Erklärung abgibt.

#### Article 29

La Convention s'appliquera également au Land Berlin, à moins que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ne fasse au Gouvernement de la Belgique une déclaration contraire dans un délai de trois mois après l'entrée en vigueur de cette Convention.

#### Artikel 29

De Overeenkomst zal eveneens van toepassing in zijn op het Land Berlijn, ten ware de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland binnen een termijn van drie maanden na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst aan de Belgische Regering een tegenovergestelde verklaring afgeeft.

## VII. Schlußbestimmungen

## Artikel 30

(1) Das Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt am fünfzehnten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden:

## 1. in Belgien:

- a) auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von den nach dem 31. Dezember 1965 zugeflossenen oder gezahlten Einkünften;
- b) auf die sonstigen Steuern von den Einkünften aus den nach dem 31. Dezember 1965 endenden Erhebungszeiträumen;

## 2. in der Bundesrepublik Deutschland:

- a) auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von den den Bezugsberechtigten nach dem 31. Dezember 1965 zugeflossenen Einkünften;
- b) auf die sonstigen für das Jahr 1966 und die folgenden Jahre erhobenen Steuern.

## Artikel 31

Das Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder Vertragsstaat vom fünften Jahr nach dem Ratifikationsjahr an das Abkommen bis einschließlich 30. Juni jeden Kalenderjahres gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Im Falle einer Kündigung vor dem 1. Juli eines solchen Jahres wird das Abkommen zum letzten Male angewendet:

## 1. in Belgien:

- a) auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von den spätestens am 31. Dezember des Kündigungsjahres zugeflossenen oder gezahlten Einkünften;
- b) auf die sonstigen Steuern von den Einkünften aus den spätestens am 31. Dezember desselben Jahres endenden Erhebungszeiträumen;

## 2. in der Bundesrepublik Deutschland:

- a) auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von den den Bezugsberechtigten spätestens am 31. Dezember des Kündigungsjahres zugeflossenen Einkünften;
- b) auf die sonstigen für dasselbe Jahr erhobenen Steuern.

## VII. Dispositions finales

## Article 30

(1) La Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés le plus tôt possible à Bonn.

(2) La Convention entrera en vigueur le quinzième jour suivant celui de l'échange des instruments de ratification et elle s'appliquera:

## 1° en Belgique:

- a) aux impôts dus à la source sur les revenus attribués ou mis en paiement après le 31 décembre 1965;
- b) aux autres impôts établis sur des revenus de périodes imposables prenant fin après le 31 décembre 1965;

## 2° en République Fédérale d'Allemagne:

- a) aux impôts dus à la source sur les revenus attribués aux bénéficiaires après le 31 décembre 1965;
- b) aux autres impôts perçus pour l'année 1966 et pour les années suivantes.

## Article 31

La Convention restera indéfiniment en vigueur; mais chaque Etat contractant pourra, jusqu'au 30 juin inclus de toute année civile à partir de la cinquième année à dater de celle de sa ratification, la dénoncer, par écrit et par la voie diplomatique, à l'autre Etat contractant. En cas de dénonciation avant le 1<sup>er</sup> juillet d'une telle année, la Convention s'appliquera pour la dernière fois:

## 1° en Belgique:

- a) aux impôts dus à la source sur les revenus attribués ou mis en paiement au plus tard le 31 décembre de l'année de la dénonciation;
- b) aux autres impôts établis sur des revenus de périodes imposables prenant fin au plus tard le 31 décembre de la même année;

## 2° en République Fédérale d'Allemagne:

- a) aux impôts dus à la source sur les revenus attribués aux bénéficiaires au plus tard le 31 décembre de l'année de la dénonciation;
- b) aux autres impôts perçus pour la même année.

## VII. Slotbepalingen

## Artikel 30

(1) De Overeenkomst zal worden bekrachtigd en de bekrachtigingsoorkonden zullen zo spoedig mogelijk te Bonn worden uitgewisseld.

(2) De Overeenkomst zal in werking treden op de vijftiende dag die volgt op de dag van de uitwisseling van de bekrachtigingsoorkonden en zij zal van toepassing zijn:

## 1° in België:

- a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten welke zijn toegekend of betaalbaar gesteld na 31 december 1965;
- b) op de andere belastingen geheven van de inkomsten van belastbare tijdperken die na de 31<sup>e</sup> december 1965 eindigen;

## 2° in de Bondsrepubliek Duitsland:

- a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten welke aan de genietters zijn toegekend na de 31<sup>e</sup> december 1965;
- b) op de andere belastingen geheven voor het jaar 1966 en voor de volgende jaren.

## Artikel 31

De Overeenkomst zal voor onbepaalde tijd in werking blijven; maar elke overeenkomstsluitende Staat kan tot de 30<sup>o</sup> juni van elk kalenderjaar met ingang van het vijfde jaar vanaf het jaar van de bekrachtiging, aan de andere overeenkomstsluitende Staat langs diplomatieke weg een schriftelijke opzegging doen toekomen. In geval van opzegging voor 1 juli van zodanig jaar, zal de overeenkomst voor de laatste maal van toepassing zijn:

## 1° in België:

- a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten welke zijn toegekend of betaalbaar gesteld tot de 31<sup>e</sup> december van het jaar waarin de opzegging is gedaan;
- b) op de andere belastingen geheven van de inkomsten van belastbare tijdperken die ten laatste op de 31<sup>e</sup> december van hetzelfde jaar eindigen;

## 2° in de Bondsrepubliek Duitsland:

- a) op de bij de bron verschuldigde belastingen met betrekking tot inkomsten welke zijn toegekend aan de genietters tot de 31<sup>e</sup> december van het jaar waarin de opzegging is gedaan;
- b) op de andere belastingen geheven voor hetzelfde jaar.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Brüssel, am 11. April 1967, in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires des deux Etats ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Bruxelles, le 11 avril 1967, en double exemplaire, en langue française, en langue néerlandaise et en langue allemande, les trois textes faisant également foi.

TEN BLIJKE WAARVAN de Gevolmachtigden van beide Staten deze Overeenkomst hebben ondertekend en daaraan hun zegel hebben gehecht.

GEDAAN te Brussel, op 11 april 1967, in tweevoud, in de Nederlandse, de Franse en de Duitse taal, zijnde de drie teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Pour la République Fédérale  
d'Allemagne:

Georg Federer

Voor de Bondsrepubliek Duitsland:

Für das Königreich Belgien:

Pour le Royaume de Belgique:

Pierre Harmel

Voor het Koninkrijk België:

## Schlußprotokoll

## Protocole final

## Slotprotocol

Anlässlich der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien geschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern haben die unterzeichneten Bevollmächtigten die nachfolgenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil dieses Abkommens sind:

## (1) Zu Artikel 4 Absatz 1

Der Ausdruck „Recht dieses Staates“ bezeichnet das Recht dieses Staates mit allen etwaigen diesbezüglichen Änderungen oder Ergänzungen durch internationale Verträge.

## (2) Zu Artikel 5 Absatz 2 Nummer 7

Falls in einem von Belgien mit einem Nachbarstaat geschlossenen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung die bei Bauausführungen oder Montagen für eine Betriebsstätte geforderte Mindestdauer auf 12 Monate festgesetzt wird, tritt dieser Zeitraum an die Stelle der in Artikel 5 Absatz 2 Nummer 7 vorgesehenen neun Monate.

## (3) Zu Artikel 6

Solange in Belgien die Ergänzungsvorsteuer (complément de précompte immobilier) von den nach Artikel 6 in Belgien zu besteuern den Katastereinkünften aus Grundbesitz nach einem 10 v. H. übersteigenden festen Satz erhoben wird:

1. wird diese Ergänzungsvorsteuer, wenn sie von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person geschuldet wird, die nach den Artikeln 148 und 149 des Code des impôts sur les revenus der Einkommensteuer der beschränkt Steuerpflichtigen unterliegt, insoweit erstattet, als sie die von dieser Person geschuldete Einkommensteuer der beschränkt Steuerpflichtigen übersteigt;

2. wird diese Ergänzungsvorsteuer, wenn sie von einer anderen in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person

Au moment de procéder à la signature de la Convention tendant à éviter les doubles impositions et à régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et la fortune, y compris la contribution des patentes et les impôts fonciers, conclue ce jour entre la Belgique et la République Fédérale d'Allemagne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus des dispositions suivantes qui forment partie intégrante de cette Convention.

## (1) Ad article 4, paragraphe 1

Les termes «la législation dudit Etat» s'entendent de la législation de cet Etat, telle qu'elle est éventuellement modifiée ou complétée à cet égard par des accords internationaux.

(2) Ad article 5, paragraphe 2, 7<sup>o</sup>

Dans l'éventualité où, dans une convention préventive de la double imposition conclue par la Belgique avec un pays limitrophe la durée minimale d'exploitation d'un chantier de construction ou de montage constitutif d'un établissement stable serait fixée à douze mois, cette durée se substituerait à celle de neuf mois qui est prévue à l'article 5, paragraphe 2, 7<sup>o</sup>.

## (3) Ad article 6

Aussi longtemps que le complément de précompte immobilier exigible en Belgique sur le revenu cadastral des immeubles imposables en Belgique conformément à l'article 6, sera perçu à un taux fixe dépassant 10 p.c.:

1<sup>o</sup> ledit complément de précompte immobilier dû par des résidents de la République Fédérale d'Allemagne soumis à l'impôt des non-résidents conformément aux articles 148 et 149 du Code des impôts sur les revenus, sera remboursé dans la mesure où il dépasse l'impôt des non-résidents dû par les intéressés;

2<sup>o</sup> ledit complément de précompte immobilier dû par d'autres résidents de la République Fédérale d'Allemagne

Bij de ondertekening van de overeenkomst tot voorkoming van dubbele belasting en tot regeling van sommige andere aangelegenheden inzake belastingen van inkomen en van vermogen, met inbegrip van de ondernemingsbelasting en de grondbelastingen, heden tussen België en de Bondsrepubliek Duitsland gesloten, zijn de ondergetekende Gevolgmachtigden overeengekomen, dat de volgende bepalingen een integreerend deel van die overeenkomst zullen uitmaken.

## (1) Ad artikel 4, paragraaf 1

De woorden «de wetgeving van Staat» betekenen de wetgeving van die Staat, zoals ze in dit verband door internationale verdragen eventueel is gewijzigd of aangevuld.

(2) Ad artikel 5, paragraaf 2, 7<sup>o</sup>

Ingeval in een door België met een aangrenzend land gesloten verdrag tot voorkoming van dubbele belasting, de minimum duur voor de uitvoering van een bouwwerk of van constructiewerkzaamheden, die een vaste inrichting vormen, op twaalf maanden zou zijn bepaald, zou deze duur in de plaats worden gesteld van de duur van negen maanden, die in artikel 5, paragraaf 2, 7<sup>o</sup>, is vastgesteld.

## (3) Ad artikel 6

Zolang de aanvullende onroerende voorheffing die in België verschuldigd is op het kadastraal inkomen van de in België volgens artikel 6 belastbare onroerende goederen, zal worden geheven tegen een vast tarief van meer dan 10 t. h.:

1<sup>o</sup> zal die aanvullende onroerende voorheffing, verschuldigd door verblijfhouders van de Bondsrepubliek Duitsland, die volgens de artikelen 148 en 149 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen onderworpen zijn aan de belasting der niet-verblijfhouders, worden terugbetaald in de mate dat zij de door de betrokkenen verschuldigde belasting der niet-verblijfhouders overtreft;

2<sup>o</sup> zal die aanvullende onroerende voorheffing, verschuldigd door andere verblijfhouders van de Bondsrepubliek Duits-

geschuldet wird, gegebenenfalls so begrenzt, daß die Gesamtbelastung, die durch diese Ergänzungsvorsteuer und den auf die Einkommensteuer der natürlichen Personen anzurechnenden Teil der Vorsteuer gebildet wird, nicht höher ist als der Teilbetrag der unter Zugrundelegung des Gesamtbetrags der in Belgien erzielten oder bezogenen Einkünfte fiktiv berechneten Einkommensteuer der beschränkt Steuerpflichtigen, der diesen Einkünften aus unbeweglichem Vermögen entspricht.

## (4) Zu Artikel 7 Absatz 4

Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können sich in dem hier behandelten Fall auch verständigen, um die der Betriebsstätte eines Versicherungsunternehmens zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung seines Gesamtgewinns auf seine einzelnen Betriebsstätten nach gemeinsam festzulegenden Merkmalen zu ermitteln.

## (5) Zu Artikel 10 Absatz 2

Solange nach belgischem Recht die Vorsteuer (précompte mobilier) von den Dividenden, die eine in Belgien ansässige Gesellschaft zahlt, zum Satz von 15 vom Hundert erhoben und auf der Grundlage von 85/70 des Bruttobetrages dieser Dividenden, vermindert um den als weiterausgeschüttet geltenden Teil der von dieser Gesellschaft gegebenenfalls empfangenen Dividenden, berechnet wird, darf abweichend von dieser Bestimmung die Vorsteuer, die in Belgien von diesen an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person gezahlten Dividenden erhoben wird, höchstens 15 vom Hundert ihres so festgesetzten steuerpflichtigen Betrages erreichen.

Dividenden, die eine in Belgien ansässige Gesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person zahlt, sind von der im belgischen Recht vorgesehenen Ergänzungsvorsteuer (complément de précompte mobilier) befreit.

## (6) Zu Artikel 11 Absatz 2

Bei der Anwendung dieser Bestimmung sind Zinsen, die aus Belgien stammen und an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person gezahlt werden, von der im belgischen Recht vorgesehenen Ergänzungsvorsteuer (complément de précompte mobilier) befreit.

sera éventuellement limité de manière telle que la charge globale constituée par ce complément de précompte et par la fraction du précompte immobilier imputable sur l'impôt des personnes physiques, n'excède pas la quotité de l'impôt des non-résidents calculé fictivement sur l'ensemble des revenus produits ou recueillis en Belgique, qui correspondrait proportionnellement audit revenu cadastral.

## (4) Ad article 7, paragraphe 4

Les autorités compétentes des deux Etats contractants pourront également se concerter dans l'éventualité visée à cette disposition en vue de déterminer les bénéfices imputables à l'établissement stable d'une entreprise d'assurances, sur la base d'une répartition de ses bénéfices totaux entre ses divers établissements, en fonction de critères arrêtés de commun accord.

## (5) Ad article 10, paragraphe 2

Par dérogation à cette disposition, aussi longtemps que, conformément à la législation belge, le précompte mobilier exigible sur les dividendes attribués par une société résidente de la Belgique est calculé au taux de 15 p.c. sur les 85/70 de leur montant brut, diminué de la partie considérée comme redistribuée des dividendes éventuellement perçus par cette société, l'impôt prélevé dans cet Etat sur lesdits dividendes attribués à un résident de la République Fédérale d'Allemagne pourra s'élever, au maximum, à 15 p.c. de leur montant imposable ainsi déterminé.

Les dividendes attribués par une société résidente de la Belgique à un résident de la République Fédérale d'Allemagne sont exemptés du complément de précompte mobilier prévu par la législation belge.

## (6) Ad article 11, paragraphe 2

Lorsqu'ils sont soumis au régime prévu par cette disposition, les intérêts provenant de la Belgique et attribués à un résident de la République Fédérale d'Allemagne sont exemptés du complément de précompte mobilier prévu par la législation belge.

land, eventueel dermate worden verminderd dat de totale last van die aanvullende voorheffing en van het gedeelte van de onroerende voorheffing dat met de personenbelasting wordt verrekend, niet meer bedraagt dan het gedeelte van de fictief op de totale in België behaalde of verkregen inkomsten berekende belasting der niet-verblijfhouders, dat evenredig met gezegd kadastral inkomen zou overeenstemmen.

## (4) Ad artikel 7, paragraaf 4

De bevoegde autoriteiten van beide overeenkomstsluitende Staten kunnen eveneens overleg plegen in een geval als bedoeld in deze bepaling om door een verdeling van de totale winsten tussen de verschillende inrichtingen, volgens in onderlinge overeenstemming vastgestelde criteria, de winst te bepalen, die aan de vaste inrichting van een verzekeringsonderneming is toe te rekenen.

## (5) Ad artikel 10, paragraaf 2

In afwijking van deze bepaling en zo lang volgens de Belgische wetgeving de roerende voorheffing verschuldigd op de door een vennootschap, verblijfhouder van België, toegekende dividenden is bepaald op 15 t. h. van de 85/70 van het brutobedrag daarvan, verminderd met het deel van de eventueel door die vennootschap geïnde dividenden, dat als wederuitgekeerd wordt beschouwd, mag de belasting welke in die Staat wordt geheven van dividenden toegekend aan een verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland ten hoogste 15 t. h. bedragen van het aldus bepaalde belastbare bedrag.

Dividenden toegekend door een vennootschap die verblijfhouder is van België, aan een verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland zijn vrijgesteld van de aanvullende roerende voorheffing, waarin volgens de Belgische wetgeving is voorzien.

## (6) Ad artikel 11, paragraaf 2

Indien hij aan de in deze bepaling bedoelde regeling is onderworpen, is interest herkomstig uit België en toegekend aan een verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland vrijgesteld van de aanvullende roerende voorheffing, waarin volgens de Belgische wetgeving is voorzien.

- (7) Zu Artikel 11 Absatz 3  
Zinsen gelten als an ein Unternehmen gezahlt, wenn sie in den Gewinnen im Sinne des Artikels 7 enthalten sind; dies gilt insbesondere für Zinsen, die an ein in einem Vertragsstaat ansässiges öffentliches Kreditinstitut einschließlich der Banque Nationale de Belgique und der Deutschen Bundesbank gezahlt werden.
- (7) Ad article 11, paragraphe 3  
Les intérêts sont considérés comme attribués à une entreprise lorsqu'ils sont compris dans des bénéfices visés à l'article 7; il en est ainsi, notamment, des intérêts attribués à des établissements publics de crédit, résidents d'un Etat contractant, y compris la Banque Nationale de Belgique et la Deutsche Bundesbank.
- (7) Ad artikel 11, paragraaf 3  
Interest wordt geacht toegekend te zijn aan een onderneming wanneer hij is opgenomen in winsten als bedoeld in artikel 7; dit is met name het geval met interest toegekend aan openbare kredietinstellingen die verblijfhouder zijn van een overeenkomstsluitende Staat, de Nationale Bank van België en de Deutsche Bundesbank inbegrepen.
- (8) Zu Artikel 10 Absatz 3 Nummer 2 und Artikel 11 Absatz 3 Unterabsatz 2 Nummer 2  
Einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft gehören mittelbar Anteile an einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft insbesondere wenn — und in dem Verhältnis in dem — sie am Kapital einer dritten Gesellschaft beteiligt ist, der die Anteile an der in dem anderen Staat ansässigen Gesellschaft gehören.
- (8) Ad articles 10, paragraphe 3, 2<sup>o</sup>, et 11, paragraphe 3, alinéa 2, 2<sup>o</sup>  
Une société résidente d'un Etat contractant est notamment considérée comme détenant indirectement une quotité — proportionnelle à sa participation dans le capital d'une tierce société — des actions ou parts d'une société résidente de l'autre Etat contractant, qui sont détenues par cette tierce société.
- (8) Ad artikelen 10, paragraaf 3, 2<sup>o</sup> en 11, paragraaf 3, lid 2, 2<sup>o</sup>  
Een vennootschap, verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat, wordt met name geacht van de aandelen of delen van een vennootschap, verblijfhouder van de andere overeenkomstsluitende Staat, welke aan een derde vennootschap toebehoren, middellijk een gedeelte te bezitten dat evenredig is aan haar deelneming in het kapitaal van die derde vennootschap.
- (9) Zu den Artikeln 11 und 12  
Bei Zinsen oder Lizenzgebühren, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft an eine in Belgien ansässige Person gezahlt werden und die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland als Dividenden gelten, wird der Satz der in der Bundesrepublik Deutschland im Abzugswege erhobenen Steuer nach Artikel 10 Absatz 2 begrenzt.
- (9) Ad articles 11 et 12  
Si des intérêts ou des redevances attribués par une société résidente de la République Fédérale d'Allemagne à un résident de la Belgique sont considérés comme des dividendes en vertu de la législation de la République Fédérale d'Allemagne, le taux de l'impôt prélevé à la source dans ce dernier Etat est limité conformément à l'article 10, paragraphe 2.
- (9) Ad artikelen 11 en 12  
Indien interest of royalty's die door een vennootschap, verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland, aan een verblijfhouder van België worden toegekend, volgens de wetgeving van de Bondsrepubliek Duitsland als dividenden worden beschouwd, wordt de bij de bron in te houden belasting in die laatste Staat volgens artikel 10, paragraaf 2 beperkt.
- (10) Zu Artikel 13 Absatz 3 und Artikel 22 Absatz 4  
Es besteht Einverständnis, daß diese Bestimmungen auch für Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer Aktiengesellschaft und von Beteiligungen an einer anderen Kapitalgesellschaft und für das Vermögen, das derartige Anteile oder Beteiligungen verkörpern, gelten, wenn diese Anteile oder Beteiligungen nicht zum Vermögen einer Betriebsstätte gehören, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in dem anderen Vertragsstaat verfügt.
- (10) Ad articles 13, paragraphe 3, et 22, paragraphe 4  
Il est entendu que, dans le cas où une participation en actions ou parts d'une société par actions ou d'une autre société de capitaux ne fait pas partie de l'actif d'un établissement stable dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant, ces dispositions sont applicables aux gains provenant de l'aliénation de cette participation ou à la fortune que celle-ci représente.
- (10) Ad artikelen 13, paragraaf 3, en 22, paragraaf 4  
Het is duidelijk dat, wanneer een participatie in aandelen of delen van een vennootschap op aandelen of van een andere kapitaalvennootschap geen deel uitmaakt van het bedrijfsvermogen van een vaste inrichting waarover een verblijfhouder van een overeenkomstsluitende Staat in de andere overeenkomstsluitende Staat beschikt, deze bepalingen van toepassing zijn op winsten uit de vervreemding van die participatie of op het vermogen dat ze vertegenwoordigt.
- (11) Zu Artikel 15 Absatz 3 Nummer 1  
Die Grenzzone der beiden Vertragsstaaten wird durch eine gedachte Linie abgegrenzt, die in einer Entfernung von 20 km beiderseits der gemeinsamen Grenze der beiden Staaten verläuft, wobei die Gemeinden, die von dieser gedachten Linie durchschnitten werden, in die Grenzzone einbezogen sind.
- (11) Ad article 15, paragraphe 3, 1<sup>o</sup>  
La zone frontalière de chaque Etat contractant est délimitée, de part et d'autre de la frontière commune des deux Etats, par une ligne idéale tracée à une distance de vingt kilomètres de la frontière, étant entendu que les communes traversées par cette ligne idéale sont incorporées dans la zone frontalière.
- (11) Ad artikel 15, paragraaf 3, 1<sup>o</sup>  
De grenszone van elke overeenkomstsluitende Staat wordt aan weerszijden van de gemeenschappelijke grens van de beide Staten bepaald door een denkbeeldige op een afstand van twintig kilometer van de grens getrokken lijn, met dien verstande dat de gemeenten die door deze denkbeeldige lijn worden doorsneden, in de grenszone worden opgenomen.

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <p>(12) 1. Zu Artikel 23 Absatz 1 Nummer 1<br/>Diese Bestimmung betrifft nicht die Einkünfte, die nach Artikel 9 in Belgien besteuert werden können.</p>   | <p>(12) 1<sup>o</sup> Ad article 23, paragraphe 1, 1<sup>o</sup><br/>Ne sont pas visés à cette disposition, les revenus imposables en Belgique en vertu de l'article 9.</p>  | <p>(12) 1<sup>o</sup> Ad artikel 23, paragraaf 1, 1<sup>o</sup><br/>Onder de toepassing van deze bepaling vallen niet de inkomsten die in België volgens artikel 9 belastbaar zijn.</p>  |
| <p>2. Zu Artikel 23 Absatz 1 Nummern 1 und 2</p> <p>a) Ist die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person eine offene Handelsgesellschaft, eine Kommanditgesellschaft oder eine Patentreederei, so gelten die Bestimmungen des Artikels 23 Absatz 1 Nummern 1 und 2 für die Gesellschafter, gleich ob sie in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind oder nicht, soweit in diesem Staat die Einkünfte, die die Gesellschafter durch diese Gesellschaft oder aus der Beteiligung am Vermögen dieser Gesellschaft beziehen, bei diesen Gesellschaftern besteuert werden können.</p> <p>b) Ist die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person ein Gesellschafter einer in Belgien ansässigen offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft, so gelten die Bestimmungen des Artikels 23 Absatz 1 Nummer 1 für den Teil der Gesellschaftsgewinne, der in der Bundesrepublik Deutschland nach deren Recht besteuert werden kann und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und nach belgischem Recht in Belgien bei der Gesellschaft oder bei diesem Gesellschafter besteuert werden kann.</p> | <p>2<sup>o</sup> Ad article 23, paragraphe 1, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup></p> <p>a) Lorsque le résident de la République Fédérale d'Allemagne est une société en nom collectif, une société en commandite simple ou une société d'armement collectif de navires, les dispositions de l'article 23, paragraphe 1, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>, s'appliquent aux associés, qu'ils soient ou non des résidents de la République Fédérale d'Allemagne, dans la mesure où ces associés sont imposables dans cet Etat à raison des revenus qu'ils tirent de ladite société ou de leur participation dans la fortune de celle-ci;</p> <p>b) Lorsque le résident de la République Fédérale d'Allemagne est un associé d'une société en nom collectif ou d'une société en commandite simple, résidente de la Belgique, les dispositions de l'article 23, paragraphe 1, 1<sup>o</sup>, s'appliquent à la quote-part des bénéfices sociaux qui est imposable en République Fédérale d'Allemagne en vertu de sa législation et qui, conformément à la Convention et à la législation belge, est imposable en Belgique à charge de la société ou dudit associé.</p> | <p>2<sup>o</sup> Ad artikel 23, paragraaf 1, 1<sup>o</sup> en 2<sup>o</sup></p> <p>a) Indien de verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland een vennootschap onder gemeenschappelijke naam, een vennootschap bij wijze van eenvoudige geldschieting of een rederij is, zijn de bepalingen van artikel 23, paragraaf 1, 1<sup>o</sup> en 2<sup>o</sup>, van toepassing op de vennoten, ongeacht of zij al dan niet verblijfhouders zijn van de Bondsrepubliek Duitsland, voor zover die vennoten in die Staat belastbaar zijn ter zake van de inkomsten die zij verkrijgen uit de vennootschap of uit hun deelneming in het vermogen ervan;</p> <p>b) indien de verblijfhouder van de Bondsrepubliek Duitsland een veenoot is van een vennootschap onder gemeenschappelijke naam of van een vennootschap bij wijze van eenvoudige geldschieting, die verblijfhouder is van België, zijn de bepalingen van artikel 23, paragraaf 1, 1<sup>o</sup>, van toepassing op het deel van de maatschappelijke winsten, dat in de Bondsrepubliek Duitsland volgens de wetgeving van die Staat belastbaar is en dat, volgens de overeenkomst en de Belgische wetgeving, in België belastbaar is ten name van de vennootschap of van die venoot.</p> |
| <p>3. Zu Artikel 23 Absatz 1<br/>Bei dem übersteigenden Betrag der Zinsen im Sinne des Artikels 11 Absatz 7 und dem übersteigenden Betrag der Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Absätze 5 und 6 wird in der Bundesrepublik Deutschland die Doppelbesteuerung nach den Bestimmungen des Abkommens vermieden, die für die Einkünfte gelten, zu denen der übersteigende Betrag nach dem Recht dieses Staates gehört.</p>  | <p>3<sup>o</sup> Ad article 23, paragraphe 1<br/>En ce qui concerne la partie excédentaire des intérêts visée à l'article 11, paragraphe 7, et la partie excédentaire des redevances visée à l'article 12, paragraphes 5 et 6, la double imposition est évitée dans la République Fédérale d'Allemagne conformément aux dispositions de la Convention applicables aux revenus auxquels cette partie excédentaire peut être assimilée d'après la législation de ce pays.</p>  | <p>3<sup>o</sup> Ad artikel 23, paragraaf 1<br/>Met betrekking tot het boven het normaal bedrag uitgaande deel van de interest, als bedoeld in artikel 11, paragraaf 7, en het boven het normaal bedrag uitgaande deel van de royalty's, als bedoeld in artikel 12, paragrafen 5 en 6, wordt dubbele belasting in de Bondsrepubliek Duitsland voorkomen volgens de bepalingen van de overeenkomst die van toepassing zijn op de inkomsten, waarmede dit boven het normaal bedrag uitgaande deel volgens de wetgeving van die Staat kan worden gelijkgesteld.</p>   |
| <p>Artikel 23 Absatz 1 Nummer 3 gilt nicht für Zahlungen, die</p>  | <p>L'article 23, paragraphe 1, 3<sup>o</sup>, ne s'applique pas aux paie-</p>  | <p>Artikel 23, paragraaf 1, 3<sup>o</sup>, is niet van toepassing op beta-</p>   |

bei der Festsetzung der in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe b genannten Steuer als Ausgaben abzugsfähig sind.

ments qui ont le caractère de charges déductibles pour l'application de l'impôt visé à l'article 2, paragraphe 3, 1<sup>o</sup>, b.

lingen die voor de toepassing van de in artikel 2, paragraaf 3, 1<sup>o</sup>, b, bedoelde belasting als aftrekbare lasten worden ge-kenmerkt.

(13) A. Zu Artikel 23 Absatz 2 Nummer 1

Diese Bestimmung betrifft nicht die Einkünfte, die nach Artikel 9 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können.

(13) A. Ad article 23, paragraphe 2, 1<sup>o</sup>

Ne sont pas visés à cette disposition, les revenus imposables en République Fédérale d'Allemagne en vertu de l'article 9.

(13) A. Ad artikel 23, paragraaf 2, 1<sup>o</sup>

Onder de toepassing van deze bepaling vallen niet de inkomsten die in de Bondsrepubliek Duitsland volgens artikel 9 belastbaar zijn.

B. Zu Artikel 23 Absatz 2 Nummern 1 und 2

1. Ist die in Artikel 23 Absatz 2 angeführte Person eine in Belgien ansässige Gesellschaft — ausgenommen eine Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien —:

a) so gilt die in Nummer 1 vorgesehene Befreiung auch für die Gesellschafter dieser Gesellschaft, gleich, ob sie in Belgien ansässig sind oder nicht, soweit die Einkünfte oder Vermögensteile dieser Gesellschaft, die nach dem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, auch in Belgien nach belgischem Recht bei diesen Gesellschaftern — außer als Einkünfte aus investiertem Kapital — besteuert werden können;

b) so wird der in Nummer 2 vorgesehene Anrechnungsbetrag in gleichem Maße den Gesellschaftern dieser Gesellschaft gewährt, wenn diese sich dafür entschieden hat, daß ihre Gewinne der Einkommensteuer der natürlichen Personen unterworfen werden.

B. Ad article 23, paragraphe 2, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup>

1. Lorsque le résident visé à l'article 23, paragraphe 2, est une société — autre qu'une société par actions — résidente de la Belgique:

a) l'exemption prévue au 1<sup>o</sup> s'applique aussi aux associés de cette société, qu'ils soient ou non des résidents de la Belgique, dans la mesure où les revenus ou éléments de fortune de ladite société qui sont imposables en République Fédérale d'Allemagne en vertu de la Convention, sont également imposables en Belgique, autrement qu'au titre de revenus de capitaux investis, à charge de ces associés en vertu de la législation belge;

b) la déduction prévue au 2<sup>o</sup> s'applique dans la même mesure aux associés de ladite société, lorsque celle-ci a opté pour l'assujettissement de ses bénéfices à l'impôt des personnes physiques.

B. Ad artikel 23, paragraaf 2, 1<sup>o</sup> en 2<sup>o</sup>

1. Indien die in artikel 23 paragraaf 2, bedoelde verblijfhouder een vennootschap is — niet zijnde een vennootschap op aandelen — die verblijfhouder is van België:

a) is de in 1<sup>o</sup> bedoelde vrijstelling ook van toepassing op de vennoten van die vennootschap, ongeacht of zij al dan niet verblijfhouder zijn van België, voor zover de inkomsten of de vermogensbestanddelen van die vennootschap, die volgens de overeenkomst in de Bondsrepubliek Duitsland belastbaar zijn, eveneens in België volgens de Belgische wetgeving ten name van die vennoten belastbaar zijn op een andere wijze dan als inkomsten uit belegde kapitalen;

b) is de in 2<sup>o</sup> bedoelde vermindering in dezelfde mate van toepassing op de vennoten van de vennootschap, indien die heeft gekozen dat haar winsten in de personenbelasting worden belast.

2. Die in Artikel 23 Absatz 2 Nummer 1 vorgesehene Befreiung gilt für Einkünfte eines in Belgien ansässigen Gesellschafters einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder Partenreederei nur, wenn diese Einkünfte in dem letztgenannten Staat nach dessen Recht besteuert werden können.

2. L'exemption prévue à l'article 23, paragraphe 2, 1<sup>o</sup>, ne s'applique pas aux revenus d'un résident de la Belgique, associé d'une société en nom collectif, d'une société en commandite simple ou d'une société d'armement collectif de navires, résidente de la République Fédérale d'Allemagne, lorsque ces revenus ne constituent pas des revenus imposables dans ce dernier Etat en vertu de sa législation.

2. De in artikel 23, paragraaf 2, 1<sup>o</sup> bedoelde vrijstelling is niet van toepassing op de inkomsten van een verblijfhouder van België, vennoot van een vennootschap onder gemeenschappelijke naam, van een vennootschap bij wijze van eenvoudige geldschieting of van een rederij, die verblijfhouder is van de Bondsrepubliek Duitsland, indien de inkomsten in die laatste Staat volgens diens wetgeving geen belastbare inkomsten zijn.

- (14) Zu Artikel 23 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 1

Werden nach dem innerstaatlichen Recht eines Vertragsstaates die Verluste, die ein Unternehmen dieses Staates durch eine in dem anderen Staat gelegene Betriebsstätte erlitten hat, für die Zwecke der Besteuerung dieses Unternehmens von seinen in dem erstgenannten Staat steuerpflichtigen Gewinnen tatsächlich abgesetzt, so gilt die in Artikel 23 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 1 vorgesehene Befreiung in dem erstgenannten Staat nicht für die dieser Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne aus anderen Erhebungszeiträumen, soweit diese Gewinne auch in dem anderen Staat auf Grund eines Ausgleichs mit diesen Verlusten nicht besteuert worden sind.

- (15) Zu Artikel 24

Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als

1. hindere er:

- a) einen Vertragsstaat, bei dem in dem anderen Staat ansässigen Personen die Einkünfte, die er nach dem Abkommen besteuern kann, unter Anwendung der in seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Pauschal- oder Mindestsätze zu besteuern, die für die in diesem Staat nicht ansässigen Personen ohne Rücksicht darauf gelten, ob sie seine Staatsangehörigen sind oder nicht;
- b) einen Vertragsstaat, den Gesamtbetrag der Gewinne, die der Betriebsstätte zuzurechnen sind, über die eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Gesellschaft oder eine Personenvereinigung verfügt, die ihre Geschäftsleitung in diesem anderen Staat hat, zu dem in seinem innerstaatlichen Recht vorgeschriebenen Satz zu besteuern, sofern dieser nicht den Höchstsatz übersteigt, der für den Gesamtgewinn oder einen Teilbetrag der Gewinne der in dem erstgenannten Staat ansässigen Gesellschaften gilt;

2. verpflichte er einen Vertragsstaat, die Vorschriften seines innerstaatlichen Steuerrechts für die Dividenden, die eine in diesem Staat ansässige Gesellschaft bezieht, auch auf Divi-

- (14) Ad article 23, paragraphes 1, 1<sup>o</sup>, et 2, 1<sup>o</sup>

Lorsque, conformément à la législation nationale d'un Etat contractant, des pertes subies par une entreprise de cet Etat dans un établissement stable situé dans l'autre Etat sont, pour l'imposition de cette entreprise, effectivement déduites de ses bénéfices imposables dans le premier Etat, l'exemption prévue audit article 23, paragraphes 1, 1<sup>o</sup>, et 2, 1<sup>o</sup>, ne s'applique pas dans ce premier Etat aux bénéfices d'autres périodes imposables qui sont imputables à cet établissement, dans la mesure où ces bénéfices ont aussi été exemptés d'impôts dans l'autre Etat en raison de leur compensation avec lesdites pertes.

- (15) Ad article 24

Les dispositions de cet article ne peuvent être interprétées

1<sup>o</sup> comme empêchant:

- a) un Etat contractant d'imposer aux taux forfaitaires ou minimaux prévus par sa législation nationale et applicables aux non-résidents de cet Etat qui en sont ou non des nationaux, les revenus imposables dans cet Etat conformément à la Convention, à charge des résidents de l'autre Etat;
- b) un Etat contractant d'imposer le total des bénéfices imputables à l'établissement stable dont dispose dans cet Etat une société résidente de l'autre Etat ou un groupement de personnes ayant son siège de direction dans cet autre Etat, au taux fixé par sa législation nationale, à condition que celui-ci n'excède pas le taux maximal applicable à l'ensemble ou à une fraction des bénéfices des sociétés résidentes de ce premier Etat;

2<sup>o</sup> comme obligeant un Etat contractant à appliquer aux dividendes reçus par un établissement stable exploité dans cet Etat par une société résidente de l'autre Etat, le même ré-

- (14) Ad artikel 23, paragrafen 1, 1<sup>o</sup>, en 2, 1<sup>o</sup>

Indien volgens de nationale wetgeving van een overeenkomstsluitende Staat de verliezen, welke een onderneming van die Staat in een in de andere Staat gelegen vaste inrichting heeft geleden, voor de belastingheffing van die onderneming werkelijk in mindering worden gebracht van haar in de eerste Staat belastbare winsten, is de in artikel 23, paragrafen 1, 1<sup>o</sup>, en 2, 1<sup>o</sup>, neergelegde vrijstelling in die eerste Staat niet van toepassing op de winsten van andere belastbare tijdperken, die aan die inrichting zijn toe te rekenen, in de mate dat die winsten ook in de andere Staat van belastingen werden vrijgesteld wegen hun compensatie met dezelfde verliezen.

- (15) Ad artikel 24

De bepalingen van dit artikel kunnen niet dusdanig worden uitgelegd

1<sup>o</sup> dat ze een overeenkomstsluitende Staat beletten:

- a) van de inkomsten die volgens de overeenkomst in die Staat belastbaar zijn ten laste van verblijfhouders van de andere Staat, belasting te heffen tegen een forfaitair of minimumtarief, dat ingevolge zijn wetgeving van toepassing is ten aanzien van niet-verblijfhouders van die Staat, die daarvan al dan niet onderdaan zijn;
- b) tegen het tarief dat door zijn nationale wetgeving is vastgesteld, belasting te heffen van de totale winst die is toe te rekenen aan de vaste inrichting waarover een vennootschap die verblijfhouder is van de andere Staat, of een vereniging van personen waarvan de plaats van leiding in de andere Staat is gelegen, in de eerstgenoemde Staat de beschikking heeft, op voorwaarde dat dat tarief niet hoger is dan het maximumtarief dat van toepassing is op het geheel of op een deel van de winsten van vennootschappen die verblijfhouder zijn van die eerstgenoemde Staat;

2<sup>o</sup> dat zij een overeenkomstsluitende Staat verplichten op de dividenden verkregen door een vaste inrichting welke in die Staat wordt geëxploiteerd door een vennootschap die verblijf-

denden anzuwenden, die einer Betriebsstätte zufließen, die eine in dem anderen Staat ansässige Gesellschaft in dem erstgenannten Staat betreibt.

gime que celui qui s'appliquerait, en vertu de sa législation nationale, aux dividendes reçus par une société résidente du premier Etat.

houder is van de andere Staat, dezelfde regeling toe te passen als die welke volgens zijn nationale wetgeving zou van toepassing zijn op de dividenden verkregen door een vennootschap die verblijfhouder is van de eerste Staat.

(16) Die Finanzminister der beiden Vertragsstaaten verkehren für die Zwecke dieses Abkommens unmittelbar miteinander.

(16) Les Ministres des Finances des deux Etats contractants communiquent directement entre eux aux fins prévues par la Convention.

(16) De Ministers van Financiën van beide overeenkomstsluitende Staten stellen zich rechtstreeks met elkander in verbinding voor de toepassing van de overeenkomst.

(17) Keine der Bestimmungen dieses Abkommens ist so auszulegen, als hindere sie einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung und Steuerhinterziehung anzuwenden.

(17) Aucune disposition de la Convention ne peut être interprétée comme empêchant un Etat contractant d'appliquer les dispositions de sa législation nationale tendant à éviter l'évasion et la fraude fiscales.

(17) Geen enkele bepaling van de overeenkomst mag dusdanig worden uitgelegd dat zij een overeenkomstsluitende Staat belet de bepalingen van zijn nationale wetgeving ter vermijding van belastingevasie en belastingontduiking toe te passen.

GESCHEHEN zu Brüssel, am 11. April 1967, in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Bruxelles, le 11 avril 1967, en double exemplaire, en langue française, en langue néerlandaise et en langue allemande, les trois textes faisant également foi.

GEDAAN te Brussel, op 11 april 1967, in tweevoud, in de Nederlandse, de Franse en de Duitse taal, zijnde de drie teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Pour la  
République Fédérale d'Allemagne:  
Georg Federer

Voor de Bondsrepubliek Duitsland:

Für das Königreich Belgien:

Pour le Royaume de Belgique:  
Pierre Harmel

Voor het Koninkrijk België:

## Denkschrift

Das vorliegende Abkommen ist das erste allgemeine Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien. Die überaus engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden nachbarschaftlich verbundenen Staaten machten den Abschluß eines solchen Abkommens um so dringender, als damit zugleich die letzte Lücke im Abkommensnetz der Bundesrepublik Deutschland mit ihren fünf Partnerstaaten in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu schließen war.

Das Abkommen stellt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten auf eine sichere steuerliche Grundlage und verbessert damit zugleich auch die steuerlichen Bedingungen für die Fortentwicklung des europäischen Marktes. Die Bundesrepublik erfüllt damit nicht nur ein seit langem bestehendes Anliegen der deutschen Wirtschaft, sondern sie entspricht auch dem Gebot des Artikels 220 des EWG-Vertrages, die Doppelbesteuerung im EWG-Bereich und die damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen.

Schon diese allgemeinen Gesichtspunkte weisen das Abkommen als einen der bedeutendsten deutschen Steuerverträge der letzten Jahre aus. Dem Abkommen kommt aber vor allem auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil es den deutschen Unternehmen für ihre Betriebstätten in Belgien und den deutschen Muttergesellschaften für ihre belgischen Schachtelbeteiligungen die steuerlichen Konkurrenzbedingungen einräumt, wie sie den einheimischen belgischen Unternehmen, aber auch den in Belgien investierenden Unternehmen dritter Staaten zum Teil zugute kommen. Das geschieht dadurch, daß die Gewinne, die die deutschen Unternehmen aus belgischen Betriebstätten beziehen, sowie die Dividenden, die deutschen Muttergesellschaften aus belgischen Schachtelbeteiligungen zufließen, von den deutschen Steuern vom Einkommen und Ertrag befreit werden, wobei entsprechendes auch für die Besteuerung des Vermögens gilt. Die damit eintretende Entlastung dieser Investitionen der deutschen Wirtschaft in Belgien von der deutschen Besteuerung ist im Hinblick auf die nicht unerheblich günstigere belgische Besteuerung einerseits und die enge wettbewerbliche Verzahnung der beiden Volkswirtschaften andererseits nicht ohne gewisse Bedenken, muß aber in Kauf genommen werden, wenn die deutsche Wirtschaft in ihrer Konkurrenz auf dem belgischen Markt nicht unangemessen steuerlich behindert werden soll. Gleichzeitig führt das Abkommen damit die Konzeption weiter, die der deutschen Abkommenspolitik seit jeher zugrundeliegt.

Die Verhandlungen wurden im Jahre 1957 aufgenommen und erfuhren mit der Paraphierung eines Abkommensentwurfes im Jahre 1962 einen ersten Abschluß. Die grundlegende belgische Steuerreform vom 20. November 1962, deren Ausführungsarbeiten sich bis in das Jahr 1964 hinzogen, ließ diesen ersten Entwurf jedoch weitgehend gegenstandslos werden. Es mußten daher 1964 erneute Verhandlungen auf-

genommen werden, die mit der Paraphierung des vorliegenden Abkommens im Februar 1966 abgeschlossen werden konnten.

Den Verhandlungen lagen Entwürfe jeder der beiden Verhandlungsdelegationen zugrunde. In den wesentlichen Zügen seines Inhalts und Aufbaus entspricht das Abkommen dem OECD-Musterabkommen und damit gleichzeitig auch den übrigen neueren deutschen Doppelbesteuerungsabkommen, berücksichtigt dabei aber die Besonderheiten, die sich aus der Verschiedenheit der internen Steuerordnungen der Vertragsstaaten ergeben.

Mit der Anlehnung an das OECD-Musterabkommen, das vom Rat der OECD den Mitgliedstaaten als Richtschnur empfohlen worden ist (vgl. Bundesanzeiger 76/1964), trägt das Abkommen zur Harmonisierung des internationalen Steuerrechts bei und verbindet damit den Vorteil, daß für seine Auslegung auch die Erläuterungen herangezogen werden können, die den Musterartikeln des OECD-Entwurfs beigegeben sind.

Das Abkommen vermeidet die Doppelbesteuerung dadurch, daß bei bestimmten Einkünften der Staat, aus dem sie stammen (Quellenstaat), auf die Besteuerung verzichtet, so daß die Einkünfte nur noch in dem Staat, in dem ihr Empfänger ansässig ist (Wohnsitzstaat), besteuert werden. Bei anderen Einkünften wird die Steuer im Quellenstaat der Höhe nach begrenzt oder ohne Begrenzung aufrechterhalten; in diesen Fällen muß der Wohnsitzstaat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung diese Einkünfte von seinen Steuern freistellen oder die von dem Quellenstaat in Übereinstimmung mit dem Abkommen erhobenen Steuern auf seine Steuern anrechnen. Ähnliche Grundsätze gelten für die Besteuerung des Vermögens.

Zu den einzelnen Abkommensregelungen ist folgendes zu bemerken:

## Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

## Zu Artikel 2

Dieser Artikel grenzt die Steuern ab, die unter das Abkommen fallen.

## Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe.

Absatz 2 gibt die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Steuerrecht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

## Zu Artikel 4

Absatz 1 bestimmt den Wohnsitz einer Person in Anlehnung an die Merkmale des internen Steuerrechts der beiden Staaten und sichert durch eine Sonderbestimmung, daß auch Personengesellschaften einen möglichst umfassenden Abkommenschutz genießen.

Für den Fall, daß nach der Grundregel des Absatzes 1 ein doppelter Wohnsitz gegeben ist, stellen die Absätze 2 bis 4 Regeln darüber auf, welchem Wohnsitz für den Anwendungsbereich des Abkommens der Vorrang gebührt.

#### Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert in weitgehender Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD den Begriff der Betriebstätte. Abweichend von der OECD bilden — in Anlehnung an die belgische Vertragspraxis — Bauausführungen und Montagen schon bei einer Dauer von neun Monaten (OECD = 12 Monate) eine Betriebstätte. Nach Abschnitt 2 des Schlußprotokolls wird jedoch die Zeitspanne von 12 Monaten maßgebend, wenn Belgien eine solche einem anderen Nachbarstaat zugestehen sollte. Absatz 5 Unterabsatz 2 des Artikels erweitert gegenüber dem OECD-Vorschlag den Begriff der Betriebstätte auf unabhängige Versicherungsvertreter mit Abschlußvollmacht.

#### Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Abschnitt 3 des Schlußprotokolls schränkt die Erhebung der belgischen Ergänzungsvorsteuer vom unbeweglichen Vermögen ein.

#### Zu Artikel 7

Nach Absatz 1 gilt für die Besteuerung der Einkünfte aus gewerblichen Unternehmungen — wie international üblich — das Betriebstättenprinzip. Die Absätze 2 bis 6 enthalten Vorschriften darüber, welcher Gewinn einer Betriebstätte zuzurechnen und wie er zu ermitteln ist. Abschnitt 4 des Schlußprotokolls öffnet das Verständigungsverfahren für die übereinstimmende Gewinnabgrenzung bei Betriebstätten von Versicherungsunternehmen.

Absatz 7 regelt das Verhältnis dieses Artikels zu den Bestimmungen des Abkommens über andere Einkünfte.

#### Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt — dem Musterabkommen der OECD entsprechend —, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie von Schiffen im Binnenverkehr abweichend vom Betriebstättenprinzip nur in dem Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung besteuert werden. Nach Absatz 2 gilt der gleiche Grundsatz auch für einen Eisenbahnbetrieb, der auf dem Gebiet des anderen Staates tätig wird.

#### Zu Artikel 9

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß künstliche Gewinnverlagerungen zwischen verflochtenen Unternehmen steuerlich nicht anzuerkennen sind.

#### Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden.

Die Steuer des Quellenstaates wird in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD grundsätzlich auf 15 v.H. des Bruttobetrag der Dividenden begrenzt. Diese Begrenzung gilt auch für die Gewinnausschüttungen derjenigen belgischen Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Personengesellschaften, die ihre Gewinne der belgischen Körperschaftbesteuerung unterstellen. Abschnitt 5 des Schlußprotokolls berücksichtigt den Rechtszustand vor der zum 1. Januar 1967 in Belgien vollzogenen Reform der Besteuerung der Kapitalerträge; die Regelung betrifft nur noch die im Jahre 1966 ausgeschütteten Dividenden, für die die belgische Vorsteuer zum Effektivsatz von 18,2 v.H. aufrechterhalten wird.

Nach Absatz 3 kann — abweichend von der allgemeinen Regelung — bei Dividenden, die eine belgische Muttergesellschaft aus einer wesentlichen Beteiligung an einer deutschen Tochtergesellschaft (Mindestbeteiligung 25 v.H.) erhält, die deutsche Kapitalertragsteuer zum vollen Satz von 25 v.H. erhoben werden. Damit wird, der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (BT-Drucksache 448 S. 2, 3. Wahlperiode) folgend, berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn bei der deutschen Tochtergesellschaft nur dem ermäßigten Körperschaftsteuersatz von 15 v.H. unterliegt und die belgische Muttergesellschaft die deutsche Nachsteuer von 36 v.H., die eine deutsche Muttergesellschaft zu zahlen hätte, nicht zu entrichten hat.

Die Absätze 4 bis 7 enthalten ergänzende Bestimmungen zur Dividendenbesteuerung, die dem Musterabkommen der OECD nachgebildet sind.

#### Zu Artikel 11

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Zinsen.

Die Steuer des Quellenstaates wird grundsätzlich auf 15 v.H. begrenzt. Abschnitt 6 des Schlußprotokolls stellt klar, daß die belgische Ergänzungsvorsteuer in keinem Fall mehr erhoben werden darf; die Bestimmung ist jedoch nur noch für das Jahr 1966 bedeutsam, da die Ergänzungsvorsteuer ab 1967 weggefallen ist.

Abweichend von der Begrenzung auf 15 v.H. werden die Zinsen von der Steuer des Quellenstaates befreit, wenn sie an ein Unternehmen des anderen Staates gezahlt werden; diese Freistellung gilt jedoch nicht für Zinsen aus Schuldverschreibungen und anderen Anleiheforderungen, ferner nicht für Zinsen, die eine Muttergesellschaft an eine Tochtergesellschaft zahlt, an der sie wesentlich beteiligt ist (Mindestbeteiligung 25 v.H.). Abschnitt 7 des Schlußprotokolls präzisiert den Begriff des Unternehmens und stellt klar, daß darunter insbesondere auch öffentliche Kreditinstitute fallen.

Die Absätze 4 bis 7 enthalten ergänzende Bestimmungen zur Zinsbesteuerung, die dem Musterabkommen der OECD nachgebildet sind.

## Zu Artikel 12

Dieser Artikel befreit in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD Lizenzgebühren von der Steuer des Quellenstaates.

Die Absätze 2 bis 6 enthalten hierzu ergänzende Bestimmungen, die teilweise noch über die Präzisierungen des Musterabkommens der OECD hinausgehen.

## Zu Artikel 13

Nach diesem Artikel ist die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen grundsätzlich dem Wohnsitzstaat vorbehalten. Der Quellenstaat darf aber Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens, beweglichen Betriebsstättenvermögens sowie des beweglichen Vermögens einer festen Einrichtung, die der Ausübung eines freien Berufes dient, besteuern. Gewinne aus der Veräußerung von See- (und Binnen-)schiffen oder Luftfahrzeugen und des beweglichen Vermögens, das dem Betrieb dieser Fahrzeuge dient, dürfen nur in dem Staat der Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden; gleiches gilt für das Material der in Artikel 8 Absatz 2 behandelten Eisenbahnbetriebe (Absatz 2 Unterabsatz 2).

Die vorstehenden Regelungen folgen den Empfehlungen der OECD.

## Zu Artikel 14

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit — entsprechend dem Betriebsstättenprinzip bei gewerblichen Einkünften — in dem Staat der Arbeitsausübung nur besteuert werden dürfen, wenn der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

## Zu Artikel 15

Dieser Artikel bestimmt, den Empfehlungen der OECD folgend, daß — soweit nicht die Artikel 16, 18, 19 und 20 etwas anderes bestimmen — Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit grundsätzlich in dem Staat der Arbeitsausübung besteuert werden dürfen. Dieser Grundsatz ist in den Absätzen 2 und 3 zugunsten nur vorübergehend im Ausland eingesetzter Arbeitnehmer (Monteure und dgl.), der Grenzgänger und der Flugzeug- und Schiffsbesatzungen eingeschränkt. Die für die Grenzgängerregelung bedeutsame Grenzzone umfaßt nach Abschnitt 11 des Schlußprotokolls das Gebiet von 20 km beiderseits der Grenze.

## Zu Artikel 16

Dieser Artikel bestimmt, daß Vergütungen an Aufsichts- und Verwaltungsräte, aber auch an die Vorstände und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften, in dem Staat besteuert werden können, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist (Absätze 1 und 2). Werden die Vergütungen für die Leitung einer Betriebsstätte gezahlt, die in dem anderen Staat gelegen ist, so erhält dieser Staat das Besteuerungsrecht (Absatz 3).

## Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen selbständig tätige Künstler und Sportler stets in dem Staat ihrer Arbeitsausübung besteuert werden.

## Zu Artikel 18

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Ruhegehälter, mit Ausnahme solcher aus öffentlichen Kassen, nur in dem Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden dürfen.

## Zu Artikel 19

Dieser Artikel bestimmt, daß Arbeitsentgelte und Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen, ausgenommen wenn sie im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit stehen, im Kassenstaat besteuert werden können (Absätze 1 und 2). Besitzt der Empfänger der Bezüge jedoch die Staatsangehörigkeit seines Wohnsitzstaates, ohne zugleich die des Kassenstaates zu besitzen, so hat nach der allgemeinen Regel des Artikels 18 der Wohnsitzstaat das ausschließliche Besteuerungsrecht (Absatz 1 Unterabsatz 2). Bezüge der Sozialversicherung können im Kassenstaat und Entschädigungen für Schäden aus Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung dürfen nur im Kassenstaat besteuert werden (Absätze 3 und 4).

## Zu Artikel 20

Dieser Artikel befreit die Vergütungen von Gastlehrkräften und bestimmte Unterstützungen an Gaststudenten und -lehrlinge (Volontäre) von der Steuer des Gastlandes.

## Zu Artikel 21

Dieser Artikel enthält die in dem Musterabkommen der OECD empfohlene Klausel, daß die in den übrigen Artikeln nicht behandelten Einkünfte nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen.

## Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt in weitgehender Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD die Besteuerung des Vermögens.

Das Vermögen wird im allgemeinen der ausschließlichen Besteuerung im Wohnsitzstaat unterstellt (Absatz 4). Nur beim unbeweglichen Vermögen und dem Vermögen, das einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung für die Ausübung eines freien Berufes dient, bleibt entsprechend der Regelung bei den Einkünften der Belegenheitsstaat steuerberechtigt (Absätze 1 und 2). Seeschiffe und Luftfahrzeuge sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen nur im Staat der Geschäftsleitung besteuert werden; gleiches gilt für das Material eines Eisenbahnbetriebes im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 (Absatz 3).

## Zu Artikel 23

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei den Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach den vorhergehenden Artikeln im Quellen- oder Belegenheitsstaat besteuert werden dürfen.

## Absatz 1

Bei in der Bundesrepublik ansässigen Personen werden die belgischen Einkünfte und Vermögenswerte, die nach dem Abkommen in Belgien besteuert werden dürfen, entsprechend der deutschen Vertragspraxis grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt (Freistellungsmethode, Absatz 1 Nummer 1). Abschnitt 12 Nummer 1 des Schlußprotokolls stellt hierzu klar, daß die Freistellung nicht für Gewinnverlagerungen gilt, die Belgien nach Artikel 9 besteuern darf. Ausschüttungen belgischer Personengesellschaften (OHG, KG) unterliegen ungeachtet ihrer steuerlichen Behandlung in Belgien nicht der deutschen Steuer. Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a bestimmt deshalb, daß dies auch für die Einkünfte der Gesellschafter aus investiertem Kapital gilt.

Abschnitt 12 Nummer 2 des Schlußprotokolls stellt im Zusammenhang mit der deutschen Wohnsitzbesteuerung sicher, daß die Gesellschafter von Personengesellschaften ungeachtet der speziellen Wohnsitzregelung für diese Gesellschaften (Artikel 4 Absatz 2, 2. Halbsatz) in den Genuß der Abkommensregelung gelangen.

Soweit nach dem Abkommen Steuerfreistellung eintritt, behält die Bundesrepublik das Recht, diese Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige Einkommen und Vermögen zu berücksichtigen (Progressionsvorbehalt).

Nach Absatz 1 Nummer 3 sind von der deutschen Steuer auch belgische Dividenden freizustellen, die eine deutsche Kapitalgesellschaft aus einer wesentlichen Beteiligung (Mindestbeteiligung 25 v. H.) an einer belgischen Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien besitzt (internationales Schachtelprivileg). Die Freistellung setzt jedoch voraus, daß die belgische Gesellschaft nicht ihrerseits als Holdinggesellschaft für Beteiligungen in Drittstaaten fungiert, denen die Bundesrepublik eine solche Freistellung nicht gewährt. Verdeckte Gewinnausschüttungen werden in der Bundesrepublik jedoch nur freigestellt, wenn sie auch in Belgien nicht als Betriebsausgaben anerkannt werden (Abschnitt 12 Nummer 3 des Schlußprotokolls). Soweit belgische Dividenden hiernach in der Bundesrepublik freizustellen sind, wird die Beteiligung an der belgischen Gesellschaft auch von der deutschen Vermögensteuer befreit.

Die übrigen belgischen Dividenden und belgischen Zinsen sind in der Bundesrepublik voll zu besteuern; soweit Belgien von diesen Einkünften noch die — durch das Abkommen auf 15 v. H. begrenzte — Abzugsteuer erheben darf, ist diese belgische Steuer auf die deutsche anzurechnen (Absatz 1 Nummer 2). Abschnitt 12 Nummer 2 des Schlußprotokolls sichert, daß die Steuererleichterungen des Abkommens auch den ausländischen Gesellschaftern deutscher Personengesellschaften zugute kommen.

## Absatz 2

Belgien vermeidet die Doppelbesteuerung bei den deutschen Einkünften und Vermögenswerten der in seinem Gebiet ansässigen Personen im wesentlichen

nach ähnlichen Grundsätzen. Abschnitte 13 und 14 des Schlußprotokolls enthalten dazu einige ergänzende Regelungen.

## Zu Artikel 24

Dieser Artikel untersagt steuerliche Diskriminierungen auf Grund der Staatsangehörigkeit (Absätze 1 bis 3). Die Absätze 4 und 5 enthalten Vorschriften über die Besteuerung von Betriebstätten und Kapitalbeteiligungen an gewerblichen Unternehmen. Die Regelung gilt für Steuern jeder Art (Absatz 6) und folgt im wesentlichen den Empfehlungen der OECD. Abschnitt 15 des Schlußprotokolls gibt hierzu einige Klarstellungen, um unbegründete Berufungsfälle zu vermeiden.

## Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden (vgl. dazu Abschnitt 16 des Schlußprotokolls) über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und sich bemühen sollen, die Anwendung des Abkommens in gegenseitigem Einvernehmen abzustimmen.

## Zu Artikel 26

Dieser Artikel ermöglicht den Austausch von Informationen, die zur Anwendung des Abkommens oder zur Durchführung der mit dem Abkommen übereinstimmenden Besteuerung erforderlich sind.

## Zu Artikel 27

Dieser Artikel ermöglicht die gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung der Steuern, die unter das Abkommen fallen.

## Zu Artikel 28

Absatz 1 stellt klar, daß das Abkommen die steuerlichen Vorrechte der Diplomaten nicht berührt.

Absatz 2 behandelt einen Sondertatbestand, der sich bei bestimmten nebeneinander liegenden Grenzabfertigungsstellen ergibt.

## Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

## Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält die Vorschriften über die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Er sieht außerdem vor, daß das Abkommen rückwirkend ab 1. Januar 1966 anzuwenden ist.

## Zu Artikel 31

Dieser Artikel enthält die Vorschriften über eine eventuelle Kündigung des Abkommens.

## Zum Schlußprotokoll

Dem Abkommen ist ein Schlußprotokoll mit einer Reihe ergänzender Bestimmungen beigegeben, auf die bereits im sachlichen Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln hingewiesen wurde.

Abschnitt 17 des Schlußprotokolls enthält eine Generalklausel, die klarstellt, daß die Vertragsstaaten durch keine der Abkommensbestimmungen gehindert werden, ihr innerstaatliches Recht zur Vermeidung von Steuerumgehungen oder Steuerhinterziehungen anzuwenden.